



# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

---

**Nr. 3**

**März 1971**

## **Editorial**

S. 2

## **Zimbabwe**

ZAPU im Kampf gegen Rhodesien (2)

S. 3 - 8

## **Peru**

L. S. Santisteban: Militärregierung aber sozial und antiimperialistisch

S. 8 - 11

## **VR Kongo**

Sozialökonomische Daten

S. 11 - 12

Karte

S. 12

Interviews mit N'Gouabi, N'Dalla, N'Ze und Diawara

S. 12 - 17

## **Laos**

Telegramm von Prinz Souphanouvong

S. 17 - 18

Kommuniqué Nr. 1 des Kommandos der laotischen Befreiungsfront

S. 18 - 19

Militärische Nachrichten

S. 19 - 20

## **Republik Guinea**

Aussage von Leutnant Lopes

S. 20 - 21

Aussage von Soldat Dies

S. 21

Übersichtskarte

S. 21

## **Weltwirtschaft**

Einige sozialökonomische Kennziffern (2)

S. 22 - 24

---

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Hiltraud Bredthauer-Geißel, Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtlich verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

# EDITORIAL

"Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen."

Die Herausgeber des "Antiimperialistischen Informationsbulletin" teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf:

"Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltssystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung." Diese drei Hauptkräfte haben trotz aller Schwierigkeiten das Kräfteverhältnis zunehmend zu ihren Gunsten verändern können und immer bessere Bedingungen für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Klassen geschaffen.

Der Imperialismus ist zwar außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, hat aber keineswegs an Gefährlichkeit verloren. Mit der Verschärfung seiner inneren Krisenhaftigkeit und des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus geht gegenwärtig eine wachsende Aggressivität der imperialistischen Politik einher. Besonders deutlich manifestiert sich dies in der direkten Aggression der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In dieser Situation soll das "Antiimperialistische Informationsbulletin" vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellung dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik - insbesondere der USA und der BRD - aufdecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

# BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 " 15,-- DM einschließlich Porto

Einzelpreis : 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

355 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches  
Informationsbulletin 4/71

bringt u.a.:

VAR

G. Mirsky: Ägyptens neue Revolution

NAMIBIA

Brief aus dem Gefängnis  
Der Stand des Kampfes

Redaktionsschluß für diese Nummer war der  
5. 3. 1971

# ZIMBABWE

Der folgende Beitrag wurde von der Zimbabwe African Peoples Union (ZAPU) verfaßt. Den ersten Teil dieses Dokuments haben wir in Nr. 2/71 veröffentlicht.

## ZAPU-IM KAMPF GEGEN RHODESIEN (2)

### Imperialismus

Die kleine Minderheit der Siedler in Zimbabwe kann trotz ihrer militärischen Bereitschaft nicht hoffen, alleine ihre Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Sie erhält kräftige Unterstützung von einigen der stärksten Pfeiler des imperialistischen Systems, von jenen Kräften also, die von den Siedlern wiederum den Schutz ihrer Interessen erwarten. Internationales Finanzkapital ist am Bergbau im südlichen Afrika stark beteiligt; für diese ökonomische Macht bildet das rhodesische Regime eine unentbehrliche lokale, politische und militärische Ergänzung.

Im Mittelpunkt der Bergbauinteressen im südlichen Afrika steht der De-Beers-Anglo-American Komplex der Gold- und Diamantengesellschaften, gegründet von Cecil Rhodes. Unter Führung von Harry Oppenheimer verbindet diese britisch-südafrikanische Interessengemeinschaft die Repräsentanten der herrschenden Klasse Britanniens, insbesondere seines Finanzkapitals, mit den größten Kapitalisten Südafrikas.

Sie hat starke Interessen an (und Direktoren in Verwaltungen von) fast allen wichtigen Bergbauunternehmungen bis hinauf nach Katanga und dem sambesischen Kupfergürtel. Die Gruppe ist durch mindestens dreizehn Tochtergesellschaften heute in Zimbabwe vertreten. Es folgt eine unvollständige Liste der südafrikanischen Muttergesellschaften mit deren rhodesischen Konzernen. (Zimbabwe Review, Nr. 2/1968)

### Rhodesische Gesellschaft    Südafrikanische Muttergesellschaft

#### a) Finanz- und Kapitalgesellschaften

Anglo-American Rhodesian Development Corp.,	Anglo-American Johannesburg
Central Reserved Rhodesia Ltd.,	
Consolidated Mines of Rhodesia,	
Overseas Investments and Rhodesia Ltd.,	

Rhodesia Acceptances Ltd.,

Rhodesia Anglo-American Ltd., (Auch eine der Giganten der Kupferzone mit Profiten von über 60 Millionen Pfund jährlich in den Jahren vor Sambias Unabhängigkeit.)	Anglo-American, Johannesburg (mit Union Minière du Haut-Katanga)
--	---

Wankie Collieris Ltd., Sandringham Investments,	Wankie Collieris und Anglo-American
--	-------------------------------------

Rhodes Investment Ltd.,	Rhodes Investments
-------------------------	--------------------

#### b) Bergbau und Schürfigesellschaften

De Beers Prospecting Rhodesia Ltd.,	De Beers, Kimberly
-------------------------------------	--------------------

Anglo-American-Rhodesia Mineral Exploration, Anglo-American Prospecting Rhodesia Ltd.,	Anglo-American, Johannesburg
---	------------------------------

MTD Mangwa Ltd., MTD Sanyati Ltd., Messina Rhodesia Smelting and Refining Co.,	Messina Transvaal Company
--	---------------------------

#### c) Industrie

Lawson Motors.	Lawson Motors Johannesburg
----------------	----------------------------

Rhodesia Castings Ltd.	City Engineering and Carson, Pretoria
------------------------	---------------------------------------

Rhodesia Alumina	Cullifan Refractories, Transvaal
------------------	----------------------------------

Rhodesia Plywood and Timber	Plywood Ltd., Cape Province
-----------------------------	-----------------------------

Ein weiteres, wichtiges wichtiges wichtiges wichtiges Unternehmen auf Siedlerbasis ist die Lonrho, ursprünglich London and Rhodesia Mining and Land-Company; heute ein Komplex von Gesellschaften, der eine bedeutende Finanzgruppe darstellt. Sie ist nicht nur in Zimbabwe und Südafrika tätig, sondern auch in dreizehn unabhängigen afrikanischen Staaten, und zwar auf dem Gebiet des Bergbaus, der Viehwirtschaft und Plantagen (Zucker, Tee, Kaffee und Holz), kommerziellen und industriellen Handels, des Wohnungs- und Maschinenbaus, der Strom- und Wasserversorgung, des Brauerei- und Hotel-

wesens, der Zeitungen und Druckereien, der Verpackungsindustrie, des Transports, des Grundbesitzes, des Finanz- und Kapitalwesens. Obwohl sie viel kleiner als die Oppenheimer-Gruppe ist, besitzt sie immerhin 4.250 qkm Land und beschäftigt 60.000 Angestellte. Die Lonrho hat vor kurzem die Ashanti-Goldgruben in Ghana übernommen, die man für die reichsten der Welt hält. (West-Africa vom 26.10.1968).

Zimbabwe ist eine Aktionsbasis für die Expansion vieler Gesellschaften der Vereinigten Staaten nach Zentral- und Ostafrika; diese Gesellschaften sind auch in Südafrika tätig. Tochtergesellschaften der Union Carbide and Carbon, Metallurgy Inc. of New York und Vanadium Corp. of America, beherrschen den Chrombergbau und die Chromverarbeitung, die eine der größten Devisenquellen Rhodesiens sind. Die American Chemical ist an der Düngemittelindustrie interessiert; durch seine kanadische Tochtergesellschaft kontrolliert Johns Mansville die Rhodesia Asbestos Mines, die für die US American Metal Company und die American Potash and Chemical Corp. exportiert, die ihrerseits Interessen an der Lithiumproduktion für Kernreaktoren haben. Für dieses seltene Metall hat Rhodesien eine strategische Position auf dem Weltmarkt inne. (Hunton, op. cit. S. 131)

Sambia und Zimbabwe sind die einzigen Territorien südlich der Sahara gewesen, die bis in jüngste Zeit hinsichtlich der Investitionen durch ausländisches Kapital ernsthaft mit der Südafrikanischen Union konkurrieren konnten. Fremde Investitionen waren vier bis zehn mal größer als in anderen Kolonialgebieten. Das reflektiert die enge Einheit - in früheren Zeiten die Unzertrennlichkeit - von Siedlerregimen mit hohen Kolonialinvestitionen in Afrika. Nach diesem Muster vollzog sich auch die Darlehenspolitik der Exim- und Weltbank, die in ihren ersten zehn Jahren Sambia und Zimbabwe 144 Mio. Dollar gewährten; mehr erhielt nur Südafrika. (Ebd. S. 87)

Es ist leicht zu erkennen, wie die politischen Ereignisse der letzten zwei Jahrzehnte aus den sozialen und ökonomischen Widersprüchen des südlichen Afrikas entstanden sind. Der grundlegende Kampf afrikanischer und europäischer Interessen ist viel weiter vorangeschritten, als dies bis zur Zeit des zweiten Weltkrieges der Fall war. Er hat verschiedene Phasen durchlaufen. In Zimbabwe bestand die erste dieser Phasen in dem Plan für die sogenannte Föderation

von Rhodesien und Nyassaland.

Das Hauptmotiv für das Föderationsprojekt war die Festigung der europäischen Herrschaft über die nördlichen Territorien, um die Unabhängigkeit Sambias und Malawis zu verhindern. Da weiße Siedler in Zimbabwe viel zahlreicher waren, sollten die beiden nördlichen Territorien daran gebunden werden. Auf diese Weise, so hoffte man, würden die wachsenden Kräfte des afrikanischen Nationalismus eingedämmt werden. Dieser Plan wurde den Bedingungen kolonialer Entwicklung angepaßt. Die Föderation würde hoffentlich für größere politische "Stabilität" sorgen (das Beispiel des Mau-Mau-Aufstandes in Kenya war eine beängstigende Warnung in diesen Jahren); sie würde auch die außergewöhnlich hohen Mineralvorkommen Sambias und Zimbabwes zu einem größeren inneren Markt vereinigen und unter einem einzigen kolonialen Regime zusammenfassen.

Eines der Ziele der Föderation war es, eine zufriedenstellende Situation für die etablierten imperialistischen Partner der Siedler aufrechtzuerhalten und neue Partner anzuziehen. Folgendes war die Meinung von Sir Ronald Prain, dem Vorsitzenden der Rhodesian Selection Trust Group of Mining Companies, der riesige Profite aus dem Kupfergürtel zog: "Eine erfolgreiche Vollendung der Föderation würde jene Bedingungen wiederherstellen, die den Investoren Vertrauen für weitere Kapitalanlagen in Sambia und Zimbabwe einflößt." Die New York Times ging so weit, in der Einleitung eines Artikels über die politische Entwicklung Zimbabwes zu sagen: "Britisch Zentralafrika wurde zu einem neuen Staat vereint, um amerikanisches Kapital zur Entwicklung seiner reichen, natürlichen Vorkommen anzuziehen." (Ebd. S.130 f.)

Die Föderation war kein Erfolgsmodell für die Gewinnung neuen ausländischen Kapitals - dazu war die afrikanischen Unzufriedenheit zu offensichtlich. Jedoch fanden einige innere Veränderungen im ökonomischen Bereich statt, die festgehalten werden sollten. Sie beziehen sich auf den Aufbau des sogenannten Südrhodesien auf Kosten Sambias und Malawis. Ein Beispiel hierfür ist das Entstehen eines beträchtlichen industriellen Sektors innerhalb der rhodesischen Wirtschaft, von dem die beiden anderen Territorien abhängig gemacht wurden. Der Industrieertrag verdoppelte sich, bevor die Föderation 1960 in eine Krise geriet, und wurde als Finanzquelle zu einem Rivalen von Tabak und Chrom. Der zweite Punkt ist die Errichtung des Karibadamms am Sambesi, einem bedeutendem hydroelektri-

schen Projekt, das 55 Mill. Pfund kostete, und die Rhodesia Railways, die alleine in den Jahren 1957 - 1961 weitere 29 Mill. Pfund verschlangen. (Keatley, op.cit., S. 368).

Diese Projekte waren so lokalisiert, daß sie die Wirtschaft der Föderation um die sogenannte südrhodesische Basis konsolidierten. Auf diese Weise flossen die Einkünfte der drei Territorien, und vor allem diejenigen von Sambias Kupfer, in die Taschen der Siedler, während die Afrikaner beraubt wurden. Das bewässerte Land und die verfügbaren industriellen Mittel sollten von den Europäern ausgebeutet werden.

Föderation bedeutete: Festigung des Elends der Afrikaner. Sie bedeutet hinsichtlich der Unterdrückung: das Eindringen der faschistischen südrhodesischen Siedlertruppen in die nördlichen Territorien. Es gab Massenprotestaktionen in allen drei Ländern. Die Föderation wurde gesprengt, und Malawi und Sambia gewannen allmählich ihre Unabhängigkeit unter einer Mehrheitsregierung.

Die Auflösung der Föderation und die an die Macht gelangenden afrikanischen Regierungen in den zwei nördlichen Territorien riefen Panikstimmung unter den Siedlern hervor. Die afrikanische nationale Bewegung hatte sich dreimal in organisierter politischer Form erhoben und war dreimal verboten worden. In der Zeit der Föderation wurde der Protest zuerst vom African National Congress of Zimbabwe organisiert, der 1955/56 gegründet und 1959 verboten wurde, nachdem mehr als 500 seiner Führer in Rhodesiens zahlreiche und unterschiedliche Gefängnisse geworfen wurden. Als Ersatz wurde im Januar 1960 die National Democratic Party (NDP) gegründet. Die NDP gewann schnell eine Massenbasis in der afrikanischen Bevölkerung; auch sie wurde verboten, dieses Mal, noch bevor zwei Jahre vergangen waren. Ihre Nachfolgerin, die Zimbabwe Africans People Union (ZAPU), beunruhigte die Siedler noch mehr und war nur neun Monate lang legal, als sie im September 1962 verboten wurde. Die immer rascher aufeinanderfolgenden Ereignisse hatten die Möglichkeiten des öffentlichen politischen Kampfes gegen das Minderheitsregime erschöpft, welches in seinen Plänen und Methoden immer faschistischer wurde. Die ZAPU wendete sich der illegalen politischen Tätigkeit und dem bewaffneten Kampf zu.

Die Aussichten, gegen die afrikanische Bevölkerung Zimbabwes bis zur Entscheidung zu kämpfen, hätten zu drastische Maßnahmen erfordert, als daß sie mit dem öffentlichen

Image der britischen Afrikapolitik in den Goer Jahren hätten harmonisieren können. Mit der Unabhängigkeit der früheren britischen Kolonien, die verbissen die afrikanischen Rechte verteidigten, war die Zeit vorbei, in der Britannien ohne Furcht vor internationaler Vergeltung morden und brandschatzen konnte wie vor 15 Jahren beim Mau-Mau-Aufstand in Kenia. Wenn eine solche massive Unterdrückung notwendig würde, dann sollten die Siedler sich darauf vorbereiten, dies selbst zu tun.

Bei der Erklärung der sogenannten Unabhängigkeit wurde ihnen die politische Verbundenheit Britanniens versichert und freie Hand zur Unterdrückung der Afrikaner gegeben.

Die Auswirkungen ihrer "einseitigen Unabhängigkeitserklärung" waren vielfältig. Am wichtigsten war es, die Aufmerksamkeit der Welt auf das Theater zwischen Britannien und den Vertretern ihrer Siedler zu lenken. Sofern tatsächlich Differenzen bestehen, so sind sie doch unbedingt der gemeinsamen Opposition gegen die afrikanische Mehrheit untergeordnet. Praktisch hat die Weltöffentlichkeit Großbritannien von der Verantwortung für Smiths faschistische Praktiken und seinen Krieg, dessen unmittelbares Bevorstehen bekannt war, freigesprochen. In der Tat wurde Zimbabwe in die Arme Südafrikas getrieben, welches die politische und wirtschaftliche Verantwortung für die Unterstützung des Regimes übernahm. Großbritanniens Problem war fein säuberlich gelöst.

Der typisch koloniale Charakter der Wirtschaft der Siedler besteht darin, daß die größten Kapitalisten nichts weiter sind als örtliche Vertreter der südafrikanischen und britischen Konzerne. Von daher hat auch der Zank über die politische "Unabhängigkeit" der Siedler keine Basis in der ökonomischen Realität der Wirtschaft. Neben den Finanzkapitalisten sind viele prominente britische Politiker, ehemalige Kabinettsmitglieder und gegenwärtige Regierungsbeamte als bedeutende Aktionäre oder Direktoren beteiligter Gesellschaften direkt an Zimbabwe interessiert. So z.B. Reginald Maudling, J. Boyd Carpenter, W. Birch, Quinton Hogg, Gresham Cooke, Sir G. Nabarro, Julian Amery und Lord Caradon. (Zimbabwe Review, Nr. 2/1969). Abgesehen davon sind südafrikanisches und britisches Kapital so miteinander verflochten, daß sie praktisch nicht voneinander zu trennen sind. Die Südafrikanische Union ist trotz der oberflächlichen, ideologischen Unstimmigkeiten, ökonomisch gesehen, Großbritanniens imperialisti-

scher Juniorpartner und führender Statthalter für das südliche Afrika.

Großbritannien hat gegen die "Unabhängigkeits"-Erklärung Protest zur Schau gestellt, indem es vor der UNO Wirtschaftssanktionen, vor allem einen Handelsboykott, gegen das sogenannte "Rhodesien" befürwortete, die zum Abbruch der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen führen sollten. Dies sollte den Druck der Länder der dritten Welt, die Aktionen gegen Smith fordern, verringern.

In den Handelsbeziehungen hat eine wesentliche Veränderung stattgefunden. Direkter britischer Handel hat praktisch aufgehört, und der Handel mit anderen Ländern wurde stark reduziert. Aber es ist Großbritannien gelungen, daß die Zwangsmaßnahmen Schritt für Schritt und in einer Weise in Kraft traten, daß die rhodesische Wirtschaft sich den Veränderungen anpassen konnte.

#### Rhodesischer Außenhandel (in Millionen Pfund)

	Exporte	Importe
1965	164,7	119,8
1966	119,8	84,2
1967	110	108
1968	106,5	120,8

Im ersten Jahr der Zwangsmaßnahmen fand zwar ein gewisser Importrückgang statt, aber die notwendigen Veränderungen in der Zusammensetzung des Handels wurden bewirkt; heute ist der Gesamtimportwert größer als vor der "Unabhängigkeit". Die Exporte haben gelitten; bis 1966 sind sie um mehr als ein Viertel zurückgegangen; diese Quote hat sich seither rasch verringert, wenn auch bis heute noch kein Wendepunkt erreicht ist. Zur Zeit des Bruches erfreuten sich die Siedler einer äußerst günstigen Handelsbilanz, die sich in den ersten zwei Jahren der Zwangsmaßnahmen stark verschlechterte, aber weiterhin positiv blieb; nur 1968 kam es zu Problemen bei der Zahlungsbilanz. (Die Zahlen über den Außenhandel stammen aus dem Guardian vom 25.10.1967 und vom 24.6.1969).

Südafrika, Westdeutschland, die benachbarten portugiesischen Kolonien und Malawi sowie die Vereinigten Staaten und westeuropäische Länder haben die Platte aufgefangen. Südafrika, welches vorher ungefähr ein Drittel der rhodesischen Exporte abnahm, wurde zum wirtschaftlichen Rückhalt des Minderheitsregimes. Südafrika, das die Schutzherrschaft über seinen Klienten akzeptierte, war sicher das

geeignetste Land, um Rhodesiens Außenhandel als seinen eigenen zu tarnen. Z.B. entlarvte der am 23.6. veröffentlichte UN-Report, daß Südafrika unter seinem Namen zwei rhodesische Waren - Tabak und Asbest - exportierte.

Die Zusammensetzung des Außenhandels hat sich fraglos geändert. Vermögen wurden von einzelnen Kapitalisten und Industriezweigen gewonnen und verloren. Doch im ganzen hat die rhodesische Wirtschaft weniger gelitten als während der Rezession, die die Auflösung der Föderation begleitete. Ein kurzer Rückblick wird helfen, dies zu erläutern.

Die Einkünfte durch den Bergbau sind seit der "Unabhängigkeit" recht stabil geblieben: im Jahre 1965 betragen sie 33 Mill. Pfund und im Jahre 1967, als die Sanktionen scheinbar voll in Kraft traten, 32 Mill. Pfund. Ausländische Investoren kontrollieren weiterhin den gesamten Bergbausektor der Wirtschaft und zeigen keine Anzeichen eines schwindenden Appetits. Seitdem hat die ICL neue Konzessionen für Kupfer, Nickel, Kobalt, Uranpecherz, Blei, Zink, Wolfram und Silber erworben. Die Anglo-American stürzte sich auf Kupfer, Nickel, Uranpecherz, Chrom, Thorbonit, Kalkstein und Platinocide; die Messina Transvaal hat neue Nickelkonzessionen erworben; die US Vanadium und die Union Carbide hielten sich an Chrom, Platinocide, Kupfer und Nickel, die South African Manganese hat Aluminium und Zink-Chromium-Konzessionen erworben, die Lonrho hat sich im Kupfer- und Goldgeschäft expandiert, und eine Anzahl anderer Gesellschaften hat vor allem für Nickel neue Konzessionen erworben. Diese ausländischen Firmen, hinter denen meistens beträchtliches britisches Kapital steht, ernten weiterhin ansehnliche Gewinne in Zimbabwe. (Zimbabwe Review, Nr. 2/68). Die Lonrho z.B. mag von den Sanktionen betroffen worden sein, zum Krüppel ist sie dennoch nicht geworden: die unbesteuerten Profite dieser Gruppe sind von knapp 2.000 Pfund vor der politischen Krise auf mehr als 5 Mio. Pfund sprunghaft gestiegen.

Der industrielle Sektor war Nutznießer der Zwangsmaßnahmen, die ihm einen gut beschützten örtlichen Absatzmarkt lieferten, der zwar klein, dafür reichhaltig war. Importersatz entwickelt sich heute in Rhodesien schnell. Vor der "Unabhängigkeit" hatte die rhodesische Industrie ein bescheidenes Leistungsniveau erreicht, welches ihr nach anfänglichen Schwierigkeiten die Erweiterung ihrer Basis und ihres Wachstums ermöglichte. Der Index der industriellen Produktion für 1968 war 3,5 % höher als 1965 und um 25 % höher als

1966, dem ersten Jahr der Sanktionen. Die Lage ist so vielversprechend geworden, daß die britische Autoindustrie, Ford und BMC, keinen Grund gesehen hat, ihre Montageunternehmen im Lande nicht wieder aufzunehmen. Heute sind in der rhodesischen Industrie folgende Firmen vertreten: Fisons, Unilever, Metal Box, ICO, De Beers, Guest, Keen and Nettelfolds, Chloride Groups, British Insulated Cables, Lancashire Steel, Stewart and Lloyds, Tate and Lyle, British Petroleum, Ever-Ready Batteries, Vickers, Hawke Siddley, Gallaghers, British-American Tobacco, Rothmans. (ebd.)

Auch im Bank- und Versicherungswesen kontrollieren ausländische Häuser das Feld; darunter sind die wichtigsten: Standard Bank, Barclay's, National & Grindlay's Bank, Pearl Assurance, Netherlands, Ottoman Bank und Old Mutual. Das Geschäft geht keineswegs schlecht, Spareinlagen steigen, ebenso feste Geldeinlagen.

Andererseits ist die landwirtschaftliche Produktion zu einer drastischen Neuorientierung gezwungen worden. Tabak war für einige Zeit das wichtigste agrarische Exportprodukt. Die Zwangsmaßnahmen haben Tabakexporte nach Großbritannien wesentlich beschnitten; mit der gleichzeitig auf dem Weltmarkt stattfindenden Umorientierung auf milden Tabak ist die rhodesische Produktion auf ein Drittel ihres früheren Standes gesenkt worden. Die Siedlerregierung tut jedoch ihr bestes, dieses Problem durch Diversifikation zu lösen. Es ist das Ziel, alle landwirtschaftlichen Importe wie Baumwolle, Kaffee und Weizen zu ersetzen und dafür Kulturen anzubauen, die bei den reaktionären Nachbarn leichter abgesetzt werden können - entweder für den eigenen Bedarf oder für ihren Export, als einheimische Produkte, wie z.B. Tee, getarnt. Fleisch scheint der wichtigste neue Agrarexport zu sein, ob in Dosen, gefroren oder frisch vom Haken. Die Tabakfarmer sind in jeder Weise ermutigt und angewiesen worden, zur Viehproduktion überzugehen und dafür Mais und anderes Viehfutter anzubauen.

Die Siedler sind sich der gegenwärtigen Gefahr eines wirtschaftlichen Rückgangs voll bewußt und besonders über die Lage auf dem Lande besorgt. Warum sie höhere Preise fordern, dafür gibt der Farmer Gert Jacobus du Plessis eine bezeichnende Erklärung: "nicht weil wir gierig sind, sondern weil wir im nationalen Interesse unsere Farmen entwickeln und so viele Afrikaner wie wirtschaftlich möglich beschäftigen müssen." (Rhodesian

Tobacco Journal). Die Farmer haben durch Vielseitigkeit eine solidere Produktionsbasis gewonnen, aber sie benötigen weniger Arbeiter.

Die Umstellung vom arbeitsintensiven Tabakzüchten auf andere Kulturen und Vieh hat eine wesentliche Verminderung von Arbeitsplätzen für Afrikaner mit sich gebracht. Die Siedler wissen, daß dies politische Bedeutung für die nächste Zukunft hat, und darüber sind sie besorgt.

Vollständige Zahlen sind nicht zugänglich, doch der Trend zu einer fühlbaren Abnahme der Arbeitsplätze für Afrikaner in der Landwirtschaft ist nichtsdestoweniger offenbar und nicht durch eine Zunahme von Arbeitsplätzen in der Industrie und im Baugewerbe ausgeglichen. Während die Bevölkerung um 12% wuchs, ist die Gesamtzahl der beschäftigten Afrikaner zwischen 1965 und Juni 1968 um 1% gesunken. Es ist notwendig festzustellen, daß in dieser ganzen Zeit während der allgemeinen Krise, die bis 1967 andauerte, sowie in dem darauffolgenden Beschäftigungsanstieg Arbeitsstellen in der Landwirtschaft stetig vermindert wurden, während Industrie und Baugewerbe sich ausdehnten. Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze für Afrikaner sind um 18% gesunken (47.000), während nichtlandwirtschaftliche Plätze um 10% (37.000) zugenommen haben. (Nach: Illustrated London News vom 30.11.1968 und Times of Zambia vom 25.8.1968). Afrikaner haben weniger Arbeitsplätze als sie benötigen.

Die Siedler wissen, daß diese Entwicklung politisches Dynamit enthält; sie haben sich entschieden, die weiße Regierung um jeden Preis zu verteidigen, und sind daher in Widersprüche verwickelt.

Die britische Regierung und die Vertreter des "Big-Business" in Zimbabwe haben einige schüchterne Versuche unternommen, eine politische Mittelstandsbewegung bei den Afrikanern zu fördern, um sie zu befähigen, die Rolle von Kollaborateuren zu spielen, wie es z.B. der Premierminister von Malawi, Hastings Banda, ist. Doch die diskriminierte afrikanische Stadtbevölkerung ist proletarisch und hat diesen Bemühungen keine Beachtung geschenkt. Anders als in einigen Teilen Lateinamerikas z.B., kann die rassistische, soziale und ökonomische Struktur, auf die die Siedlermacht gegründet ist, das Entstehen einer afrikanischen Mittelklasse sowie einer gutsituierten, städtischen Arbeiterklasse, die für reformistische Propaganda empfänglich wäre, nicht zulassen.

Währenddessen sind die ländlichen Gegenden zum Schauplatz für die tiefgreifendsten politischen Veränderungen Zimbabwes geworden. Die Zimbabwes African Peoples Union und der African National Congress of South Africa widerlegen den Mythos europäischer Überlegenheit und Unbesiegbarkeit durch den bewaffneten Kampf. Sie führen einen Guerillakrieg, in den weite Teile des Landes einbezogen sind. Die verbündeten Streitkräfte der faschistischen Regierungen von "Rhodesien" und Südafrika waren unfähig, ihn einzudämmen. Unsere Analyse weist nach, daß im Verlauf der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung die Unzufriedenheit der afrikanischen Bevölkerung in allen Regionen, in der Stadt und auf dem Land, wachsen wird. Es ist ganz offensichtlich, daß die afrikanische Befreiungsbewegung, die nun im Vormarsch ist, den endgültigen Sieg erringen wird. Kein noch so großer Betrug und keine Kraft können das Siedlerregime vor der Vernichtung retten.

(Quelle: tricontinental (engl. ed.) Nr. 18, S. 42 - 64)

## PERU

Die hier veröffentlichte Analyse zeigt nicht nur, daß die bisherigen Aktivitäten der peruanischen Militärregierung objektiv antiimperialistischen Charakter haben, sondern versucht auch die Klassenbasis der Armee zu beschreiben.

Eine Einschätzung dieser Regierung durch die Kommunistische Partei Perus haben wir bereits in Nr. 4/70 veröffentlicht.

### L.S. SANTISTEBAN: MILITÄRREGIERUNG - ABER SOZIAL UND ANTIIMPERIALISTISCH

Am 3. Oktober 1968 hat die peruanische Armee die politische Macht übernommen. Damals befand sich das Land in einer tiefen Krise. Den Hintergrund dieser Krise bildete die Rückständigkeit der peruanischen Gesellschaft, deren drastische Dimensionen schon ein erster Blick auf einige Statistiken erkennen läßt. Etwa 12 Mio. Einwohner von Peru beziehen ein jährliches Einkommen von knapp 120 Dollar. Das ist einer der niedrigsten Durchschnitte in Lateinamerika. Die Bevölkerungsexplosion findet Ausdruck in einer jährlichen Geburtenrate von

3,3%. Die Investitionsrate der peruanischen Wirtschaft beträgt 3,4% jährlich, so daß das Wirtschaftswachstum sehr langsam ist. Zur Zeit der Machtübernahme durch die Armee war das sozio-ökonomische System vorherrschend landwirtschaftlich; 60% der im Wirtschaftsleben tätigen Bevölkerung war in der Landwirtschaft und im Bergbau tätig. Diese beiden Wirtschaftszweige, Landwirtschaft und Bergbau, lieferten auch 40% des Nationalprodukts. Auf dem Agrarsektor der peruanischen Gesellschaft gibt es Großgrundbesitz (Latifundien) in den Küstengebieten; dort wird modern produziert, mit moderner Technik und mit Lohnarbeitern. Dagegen gibt es in den Berggebieten unproduktive Kleinwirtschaften (Minifundien) und Bauerngemeinschaften, die zwar verfassungsmäßig geschützt, aber von den großen Gutsbesitzern beraubt und bedrückt wurden, so daß sie dazu verurteilt waren, sich bestenfalls selbst zu erhalten. Kurz gesagt, gab es in der peruanischen Landwirtschaft eine starke Konzentration des Grundeigentums, wodurch eine riesige Masse von Werktätigen an den Rand der Gesellschaft gedrückt wurde. Denn die Bauernschaft, die 90 Prozent der ländlichen Bevölkerung ausmacht, besaß nur 20 Prozent der Anbaufläche. Die Agrarreform der Militärregierung stellte sich die Beseitigung dieses ungerechten Zustandes zum Hauptziel.

Der Bergbau, auf den 43 Prozent der Exporte Perus entfallen, war auf die Erzeugung von Rohmaterial für den internationalen Markt beschränkt. Noch dazu befand er sich in den Händen nordamerikanischer Gesellschaften, die Enklaven des Auslandkapitals bildeten und einen enormen Einfluß auf die Tätigkeit der politischen Parteien und des peruanischen Staates hatten. Das Land war daher zur Beherrschung durch den Imperialismus verurteilt. Das verursachte eine Instabilität der peruanischen Wirtschaft zur dauernden Produktion von Rohstoffen für die internationalen Märkte infolge der Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und der ständigen Verschlechterung der Verkaufsbedingungen. Die Militärregierung erließ ein Gesetz über den Bergbau mit dem Ziel, die Abhängigkeit und Schwäche der Nationalökonomie auszumerzen.

Die Erdölindustrie wurde von der nordamerikanischen IPC (International Petroleum Company), einem Zweig der Standard Oil, beherrscht. Es gab auch einige andere ausländische Firmen in diesem Wirtschaftszweig, deren Produktion jedoch nicht groß war. Bekanntlich hat die peruanische Regierung



sechs Tage nach ihrer Machtübernahme die IPC enteignet.

Auch die Fischerei, die etwa zehn Jahre lang einen führenden Platz in der Welt behaupten konnte, war zum Anziehungspunkt für Auslandskapital und eine kleine Gruppe peruanischer Unternehmer geworden. Vor ein paar Wochen hat die Regierung ein Gesetz über die Verstaatlichung des Außenhandels mit Fischmehl und Öl erlassen.

Um diese Skizze des sozio-ökonomischen Systems, das jetzt in Wandlung begriffen ist, abzurunden, muß man noch das Banksystem erwähnen, in dem ausländisches, vor allem nordamerikanisches, Kapital einige der wichtigsten Unternehmen beherrschte.

#### Die Ölfelder verstaatlicht

Vierzig Jahre lang hat die IPC die peruanischen Bodenschätze (die jetzt verstaatlicht wurden) ausgebeutet und keine entsprechenden Steuern dafür gezahlt. Die Militärregierung hat die dadurch verursachten Schäden mit 690 Millionen Sole beziffert. Deshalb wurde auch der IPC die Entschädigung, die sie verlangte, nicht bezahlt, und die Regierung hat festgestellt, daß das enteignete Inventar nur einen Teil der Schulden dieser Gesellschaft an Peru deckt. Die Verstaatlichung wurde im Land mit riesiger Begeisterung begrüßt. Der frühere Präsident Belaunde hatte versprochen, diese Frage binnen 90 Tagen zu lösen, aber nachdem er schon 5 Jahre an der Macht war, hatte er einen schändlichen Vertrag mit dieser Räubergesellschaft geschlossen, der dann den Staatsstreich der Armee beschleunigte.

Mit der Enteignung der IPC hat Peru die Kontrolle über seine Erdölquellen übernommen und die staatliche Gesellschaft wirtschaftlich gefestigt, der die Führung dieses wichtigen Industriezweiges anvertraut ist. Mit einigen kleinen Ausnahmen hat der peruanische Staat die Verwaltung der Erdölindustrie übernommen und so die imperialistische Durchdringung dieses strategischen Gebiets der Nationalökonomie ausgeschaltet.

#### Weitgehende Agrarreform

Unzählige Male versprochen, doch von den politischen Parteien niemals durchgeführt, hat die Agrarreform die Grundlagen des inneren Kolonialismus beseitigt, der von der Oligarchie und dem Imperialismus aufgerichtet worden war. Die Agrarreform betrifft allen privaten Bodenbesitz des Landes. Die

agrarisches-industriellen Komplexe in den Händen der nationalen Oligarchie und des Auslandskapitals wurden nicht ausgenommen, wie es seinerzeit durch das Parlament vor einigen Jahren geschehen ist. Schon am Tag nach der Erlassung der Agrargesetze, ehe noch die Betroffenen sich von der Überraschung zu erholen Gelegenheit hatten, begann die Durchführung der Agrarreform, indem der Staat acht Unternehmen übernahm, die 90 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion des Landes erzeugen. Das Gesetz bestimmt, daß die Enteignung von Land durch eine Höchstsumme von 2.500 Dollar bar zu entschädigen ist, der Rest in unübertragbaren Schuldverschreibungen, die in 20, 25 und 30 Jahren fällig werden.

Die Höchstentschädigung für enteignete Industrieanlagen ist mit 23.000 Dollar in bar festgelegt, der Rest in Schuldverschreibungen wie in der Landwirtschaft. Verglichen mit den hohen Werten des enteigneten Bodens und der übernommenen Industrieanlagen kommen solche Entschädigungen faktisch einer Enteignung gleich. Der Privatbesitz an Boden wurde auf 150 Hektar Ackerland und 1500 Hektar Weideland für das Vieh beschränkt. Ferner bestimmt das Gesetz die Umwandlung der agrarisches-industriellen Latifundien in Genossenschaften, die nach einer Übergangsperiode, in der sie von Staatsbeamten verwaltet werden, in die direkte Verwaltung durch die Arbeiter übergeführt werden. Die Bauerngemeinschaften sollen gestärkt und bei der Vergabe von Krediten und technischer Hilfe bevorzugt werden. So gliedert das Gesetz das peruanische Dorf in drei Sektoren: Genossenschaften, Privatbesitz in den oben beschriebenen Grenzen und Bauerngemeinschaften. Es muß hinzugefügt werden, daß die peruanische Regierung dieses Gesetz mit einer Genauigkeit, die für peruanische Verhältnisse außerordentlich ist, auch in die Praxis umsetzt. Das Gesetz wird aber nicht auf dem Papier bleiben, wie es früher so oft in Peru geschehen ist.

In Verbindung mit der Agrarreform wurde auch ein neues Gesetz über die Wasserwirtschaft erlassen, dessen Grundprinzip ist, daß es keinen Privatbesitz an Wasser für die Irrigation geben darf, womit die "erworbenen Rechte" verschiedener Gutsbesitze abgeschafft sind. Die Agrarreform und das Gesetz über die Wasserwirtschaft, die einander ergänzen, haben das Monopol zertrümmert, das die Oligarchie und ausländische Unternehmungen in der Landwirtschaft Perus ausgeübt haben.

## Außenhandelsmonopol mit Bergbauprodukten

Auch in Bezug auf die Vorherrschaft nord-amerikanischer Unternehmungen im Bergbau sind bedeutende Änderungen vor sich gegangen. Die Regierung hat durch Gesetz den Außenhandel mit Bergbauprodukten verstaatlicht. Die Boden- und Schürfrechte wurden als Staatseigentum bekräftigt; der Staat kann in gewissen Fällen Nutzungsrechte erteilen. Doch dem Staat verbleibt ein Monopol der Erzbearbeitung, das zusammen mit dem Handelsmonopol ihm eine starke Stellung bei Verhandlungen auf den internationalen Märkten verschafft. Kleine und mittlere Bergwerksbetriebe erhalten günstige Kredite und technische Hilfe. Auf diese Weise werden die Verarbeitung und der Handel mit Bergbauprodukten, deren hohe Profitrate für die Bergbauindustrie von Peru von höchstem Interesse ist, vom Staat kontrolliert, der sich die Förderung der Bodenschätze mit privaten Unternehmungen teilt.

Ein eigenes Gesetz wurde über die Fischerei erlassen, in der eine kleine Gruppe von peruanischen, vor allem aber ausländischen Investitoren dominierten. Durch dieses Gesetz erhält der Staat das Monopol des Handels mit Fischmehl und Fischöl, die Privatwirtschaft ist auf den Fischfang beschränkt. Die Bedeutung dieser Maßnahme kann erst voll erfaßt werden, wenn man bedenkt, daß Peru der größte Produzent von Fischmehl in der Welt ist.

Die Regierung hat die Vorbereitung eines Gesetzes über die Kreditinstitute angekündigt, das die private Tätigkeit der Banken, Versicherungen usw. stark einschränken wird. Bisher wurden erst die Grenzen für die Beteiligung von Auslandskapital an Banken festgelegt; ausländische Beteiligungen an Bankfirmen dürfen 25 Prozent des Gesamtaktienkapitals nicht überschreiten. Das Direktorium der Nationalbank, das die Währungspolitik des Landes kontrolliert, erfuhr eine Veränderung, und dadurch ist die Kontrolle der Währung durch die Finanzoligarchie gebrochen. Vor kurzem erschien ein Gesetz über die Kontrolle der heimischen Devisenkurse, und die Regierung errichtete ein Monopol des Kaufs und Verkaufs von ausländischen Devisen. Ein Gesetz über die Rückführung von Kapital, muß in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnt werden. Dieses Gesetz bezweckt die Rückführung von Kapital, das in ausländischen Banken deponiert ist. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, die Besitzer solcher Kapitalien von Steuern zu befreien.

Auch in der Außenpolitik Perus sind große Veränderungen erfolgt. Diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen wurden mit den meisten sozialistischen Ländern hergestellt, die Beziehungen mit Kuba werden aufgebaut, wenn sie auch formal noch nicht wiederhergestellt wurden. Es wurde ein positiver Standpunkt zur Gruppe der blockfreien Staaten bezogen. Die peruanische Diplomatie hat aufgehört, Weisungen des Washingtoner State Departments durchzuführen, wie es früher üblich war.

Von den sonstigen zahlreichen Maßnahmen, die in diesem Artikel nicht ausführlich behandelt werden können, sei noch das Gesetz über die Pressefreiheit erwähnt, das der Allmacht der Besitzer der Massenmedien ein Ende setzt, sowie die Justizreform, die mit einer neuen Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofs eingeleitet wurde.

## Die Klassenbasis der Armee

Dem Beobachter der lateinamerikanischen und peruanischen Szenerie fällt die Tatsache auf, daß alle diese Maßnahmen von einem Militärregime durchgeführt wurden. Peru hat regelmäßig früher Militärputsche erlebt, wenn die Oligarchie und die Imperialisten mit den international üblichen Methoden der liberalen Demokratie nicht mehr ihre unbeschränkte wirtschaftliche und politische Macht zu behaupten vermochten. Wenn der Druck der Volksmassen, der Gewerkschaften und politischen Parteien ihre Ordnung bedrohte, fanden die herrschenden Klassen und der Imperialismus immer einen ehrgeizigen General, dessen antinationalen Abenteuer sie reichlich finanzierten. Auch die ideologische und politische Radikalisierung der Mittelklassen bildete einen Faktor, der reaktionäre Gruppen zur Machtübernahme veranlaßte, ehe es noch zu Veränderungen kam, durch die ihre Herrschaft ein Ende finden konnte.

Doch mit ihrem zweifellos antiimperialistischen und antifeudalen Inhalt haben die Maßnahmen des gegenwärtigen Militärregimes auch zu einer qualitativen Veränderung innerhalb der peruanischen Armee geführt. Die Armee wird von den Mittelklassen beeinflusst. Diese machen sich auch in der Bildung neuer politischer Parteien, in der wachsenden Bedeutung der Studenten im politischen Leben, in der Radikalisierung des katholischen Klerus und in der Ausbreitung des Antimperialismus geltend. Das Offizierskorps rekrutiert sich hauptsächlich aus den Mittelklassen.

Im Heer überwiegen Offiziere aus dem mittleren Bauerntum, während die Offiziere in der Luftwaffe und in der Marine zumeist aus dem mittleren Bürgertum kommen. Durch die Festigung der Rolle der Mittelklasse in der peruanischen Gesellschaft erlangte der Offizierskader eine gewisse politische und ideologische Selbständigkeit gegenüber sowohl der heimischen Oligarchie als auch ihren ausländischen Bundesgenossen. Das ist einer der Gründe für den antioligarchischen und antiimperialistischen Kurs des jetzigen peruanischen Militärregimes. Auf ideologischem Gebiet haben die Offiziere bedeutende Fortschritte erzielt, vor allem durch das Institut für höhere militärische Studien (CAEM), in dem viele ihre Kenntnisse über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes erwerben.

Man muß noch erwähnen, daß 1965 die Armee eine schwache Guerillabewegung niedergeschlagen hat. Damals allerdings begannen die aufgeschlossenen Offiziere die Berechtigung konterrevolutionärer Aktionen in Frage zu stellen, und sie zwangen die führende Gruppe zur Revision der Auffassung von der Rolle der Armee im Land. Auf Grund der derzeitigen Militärdoktrin gilt die nationale Sicherheit eines Landes als schwach, wenn es sich unter ausländischer Vorherrschaft befindet. Die peruanischen Offiziere haben sich der Herausforderung der sozio-ökonomischen Struktur gestellt und haben sie mannigfachen Veränderungen unterworfen, zum Unterschied von den Militärs in Argentinien und Brasilien, die angesichts des Drucks der Volksmassen und der radikalen Intellektuellen den Weg der Unterdrückung einschlugen, der unausbleiblich mit einer Niederlage enden wird.

(Quelle: Comment, Nr. 43)

# VR KONGO

## SOZIALÖKONOMISCHE DATEN

### Politische Geschichte

Pierre Savorgnan de Brazza, ein Marineleutnant, war der erste Franzose, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts das Innere der heutigen Volksrepublik Kongo erforschte. Die portugiesische Anwesenheit in diesem Raum geht jedoch bereits auf das Jahr 1482 zurück, als Portugal begann, sich am Sklavenhandel zu beteiligen.

Nachdem Pierre Savorgnan de Brazza mit dem Makoko (König) des Bateke-Volkes einen Schutzvertrag abgeschlossen hatte, wurden die territorialen Rechte Frankreichs auf der Berliner Konferenz vom 26. Februar 1885 bestätigt. So wurde Kongo-Brazzaville einer der vier Staaten Französisch-Äquatorialafrikas.

1958 wurde dem Kongo die Autonomie als Republik innerhalb der französischen Communauté gewährt, nachdem bereits ein Jahr zuvor ein "Regierender Rat" gebildet worden war. Dieser stand unter der Leitung von Abbé Fulbert Youlou, einem militant antikommunistischen Priester. 1960 erklärte das Land seine Unabhängigkeit und schloß sich den Vereinten Nationen an.

Während der "drei glorreichen Tage" vom 13. - 15. August 1963 stürzten streikende Arbeiter unter Führung ihrer Gewerkschaften die Regierung Fulbert Youlous. Eine Provisorische Revolutionäre Regierung wurde unter Alphonse Massamba-Debat gebildet.

Nach dem Sturz der Revolutionären Regierung bildeten Marien Ngouabi als Präsident und Alfred Raoul als Premierminister während der Krise von 1968 eine neue Revolutionäre Regierung, die sich zu den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus bekennt.

### Geographie und Klima

Die gesamte Bodenfläche umfaßt 342 000 qkm. (Das entspricht ungefähr der Bodenfläche Finnlands). Das Klima ist tropisch bis subtropisch. Mittlere Jahrestemperatur: 24 Grad Celsius. Jährliche Regenmenge: 100 - 120 cm.

### Bodenschätze und andere Erzeugnisse

Gummi, Erdnüsse, Zuckerrohr, Kaffee, Baumwolle, Kakao, Kassaven, Mais, Bananen, Holz, Ölpalmen, Fisch, Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Diamanten und Pottasche.

### Bevölkerung:

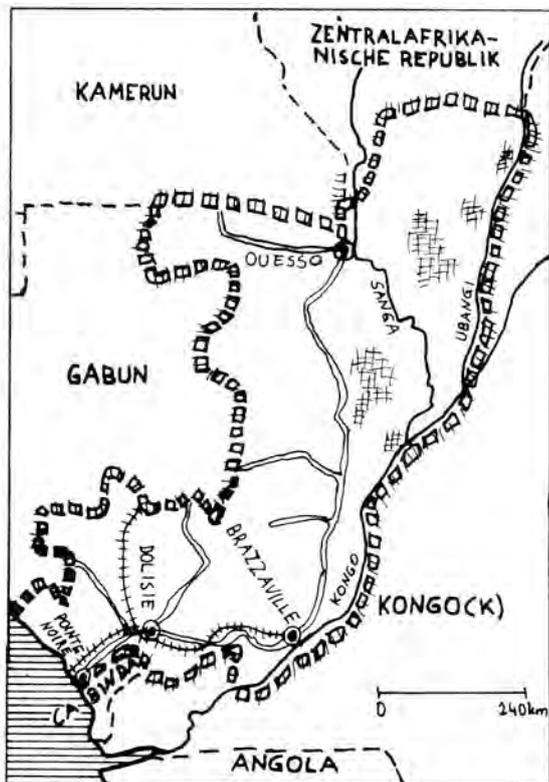
Eine Million Einwohner (Schätzung 1968)  
Wachstumsrate 1,5 %. Ethnische Zusammensetzung: Kongo 45 %; Teke 20 %; Boubangi 16 %; Gabunesen 15 %.

### Religionen:

Animisten:	über 50 %
Katholiken:	272 000
Protestanten:	135 000
Moslems:	4 500

### Wichtige Städte

Brazzaville:	200 000 Einwohner
Pointe Noire:	100 000 Einwohner
Dolisie:	20 000 Einwohner
Jacob:	15 000 Einwohner



==== Eisenbahnlinien    ————— wichtige Straßen

⊞ Moor

### Presse

Tageszeitungen: L'Eveil de Pointe Noire  
Le Courier d'Afrique  
Le Petit Journal de Brazzaville

Wochenzeitungen: Dipanda  
La Semaine  
L'homme Nouveau

Zweiwochenschrift: Etumba (das Parteiorgan)  
Kongolesische Nachrichtenagentur (ACI).

### Radio und Fernsehen

La Voix de la Revolution Congolaise  
(Die Stimme der kongolesischen Revolution),  
erbaut von der VR China.

Radio Brazzaville strahlt das französische  
Rundfunkprogramm ORTF auf Französisch, Eng-  
lisch und Portugiesisch aus.

### Frauen

Die Revolutionäre Union Kongolesischer  
Frauen setzt sich für die Interessen der

Frauen ein. Sie stellt eine mächtige wirt-  
schaftliche Kraft dar und ist bei den Al-  
phabetisierungskampagnen und im Bereich  
der Frauenausbildung sehr erfolgreich.

### Bewaffnete Streitkräfte

Nationale Volksarmee: 2 000 Mann  
Polizei: 1 400 Mann

Es gibt einen zweijährigen "Patriotischen  
Dienst". Seit Januar 1965 erhalten die jun-  
gen Männer sowohl eine politische als auch  
eine Guerilla-Ausbildung.

Am 31.12.1969 wurde der frühere Kongo-  
Brazzaville zur Volksrepublik Kongo erklärt.  
Damit ist das Land, sechs Jahre nach der Re-  
volution vom 13.8.1963, in eine neue Ent-  
wicklungsphase eingetreten, die durch die  
wachsende Erkenntnis, daß für die Lösung  
der wichtigen nationalen Probleme die Ein-  
beziehung des Volkes und die Hebung seines  
politischen Bewußtseins unerläßlich sind,  
charakterisiert ist.

Abass Aidera, Mitarbeiter der französi-  
schen Zeitschrift "Africasia", stellte  
eine Reihe von Interviews mit Regierungs-  
und Parteivertretern zusammen. Hieraus  
bringen wir die folgenden Auszüge:

### **PRÄSIDENT MARIEN N'GOUABI: EINE ARMEE VON ZIVILISTEN**

"Es gibt Länder, in denen die einfachen  
Menschen, als sie dem Elend und der sozialen  
Ungerechtigkeit ein Ende setzen wollten, zu  
den Waffen griffen, um die Ausbeuter und  
ihre Lakaien zu vertreiben. Dort wurden fried-  
liche Bürger zu Soldaten, damit die legitimen  
Interessen des Volkes durchgesetzt werden  
konnten. Das typischste Beispiel ist wohl  
jener vietnamesische Lehrer, der zum berühm-  
ten General Giap wurde.

Hier sind wir den umgekehrten Weg gegangen.  
Die Berufssoldaten und die zivile Verteidi-  
gungsmiliz des Kongo-Brazzaville waren von  
einer Idee beseelt: der Notwendigkeit, das  
Regime zu stürzen, welches die Errungenshaf-  
ten der Revolution vom 13. August 1963 be-  
drohte. Wer im Kongo lebt, kann bestätigen,  
daß die Armee sich nicht auf militärische  
Aufgaben beschränkt, sondern sich auch auf  
politischem und wirtschaftlichem Gebiet en-  
gagiert. Hier ist der Soldat kein Roboter  
sondern Bürger. Er ist nicht durch ferne  
Kontrollstellen lenkbar wie ein Söldner.  
Der Soldat muß die volle Verantwortung für

die Verteidigung der Interessen des Volkes übernehmen. Für uns ist das entscheidende Kriterium nicht, ob ein Mann Zivilist oder Soldat ist, ob er eine Uniform trägt oder nicht, sondern ob er ein wahrhaft kämpferischer Revolutionär ist, bereit, Opfer für die Sicherung von Unabhängigkeit und Fortschritt und für die Überwindung der Unterentwicklung zu bringen."

Wird die Volksrepublik Kongo ein Teil des sozialistischen Blocks werden wie z.B. Kuba?

"Die Volksrepublik Kongo ist ihrem Wesen nach friedliebend. Sie verfolgt eine Politik der Freundschaft mit allen Ländern, die ihre Unabhängigkeit und ihre grundlegenden Rechte, ihre territoriale Integrität und das Recht, ihre Institutionen ohne ausländische Einmischung zu wählen, respektieren. Daher kann unsere internationale Politik als neutral bezeichnet werden. Aber natürlich schließt diese Neutralität nicht die Unterstützung unserer angolanischen Brüder in ihrem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus aus. Sie schließt nicht unsere unbedingte Unterstützung des palästinensischen Volkes aus. Und sie schließt auch nicht unsere Unterstützung für das vietnamesische Volk aus, das dem US-Imperialismus heldenhaft Widerstand leistet. Dennoch ist die Volksrepublik Kongo neutral, weil sie keinem Block angehört. Oder man müßte genauer definieren, was man mit "Block" meint."

Sie sagen, Herr Präsident, daß Sie keinem Block angehören, sich aber als Marxist-Leninist verstehen. Bedeutet dies nicht ein Bekenntnis zum sozialistischen Block?

"Unser Festhalten an marxistisch-leninistischen Prinzipien sollte westliche Beobachter nicht überraschen. Wir wenden diese Prinzipien an, berücksichtigen dabei aber unsere nationalen Realitäten. Unsere Bevölkerung setzt sich fast ausschließlich aus Arbeitern und Bauern zusammen; es gibt hier tatsächlich keine Bourgeoisie und keinen afrikanischen Kapitalismus. Wenn es einige privilegierte Leute gibt, dann sind es jene, die bestimmte Fähigkeiten entwickeln konnten, da sie Gelegenheit zu einer Ausbildung hatten. Hier werden die Interessen des Volkes von der Kongolesischen Arbeiterpartei repräsentiert, einer Partei der Arbeiter und Bauern, die sich zu marxistisch-leninistischen Prinzipien bekennt."

Bedeutet dies, daß gegebenenfalls ein spezifisch kongolesischer Sozialismus entstehen könnte?

"Nein. Wir vermeiden es, von afrikanischem Sozialismus zu sprechen, von Bantusozialismus, von kongolesischem oder irgendeinem anderen Sozialismus. Es gibt nur einen Sozialismus, und das ist der wissenschaftliche Sozialismus. Für die Interessen der Massen arbeiten, für das Volk arbeiten bedeutet, für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu kämpfen. Sei es in Afrika, in Europa oder anderswo - wenn eine Klasse die andere ausbeutet, so führt dies unvermeidlich zum Klassenkampf: wenn die herrschende Klasse nicht freiwillig ihre Privilegien aufgibt, dann hat die unterdrückte Klasse keine andere Wahl, als die herrschende Klasse zu stürzen. In diesem Sinne ist die sozialistische Methode als solche kein kongolesisches, afrikanisches, kubanisches oder sowjetisches Phänomen, sondern ein internationales. Abgesehen davon haben wir hier allerdings auch besondere Bedingungen. So gibt es bei uns nicht nur Lehnsherren, sondern z.B. auch Fetischanhänger. Daher kann die Revolution bei uns mit der in China oder der Sowjetunion nicht völlig identisch sein. Wie ich schon sagte, gibt es keine Fabriken, die kongolesischen Ausbeutern gehören. Daher ist unser Sozialismus vor allem ein Kampf gegen die Ausbeutung des Landes durch ausländische Kapitalisten."

Sie haben keine diplomatischen Beziehungen mit den USA oder England, aber Sie haben gerade die DDR anerkannt. Wie verstehen Sie Ihre Beziehungen zu den westlichen Ländern?

"Früher hatten wir diplomatische Beziehungen mit den Vereinigten Staaten. Es war Washington, das sie 1965 suspendierte. Was Großbritannien betrifft, so erfolgte der Abbruch der Beziehungen in Übereinstimmung mit einem Beschluß, den die Organisation für Afrikanische Einheit gefaßt hatte. Im Hinblick auf Ostdeutschland dürfte es schwerfallen, die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, der neunten Industriemacht der Welt, zu ignorieren."

Kambodscha z.B. hat die DDR nicht nur anerkannt, sondern auch diplomatische Beziehungen zu ihr aufgenommen. Aber das bedeutete nicht, daß es in den "sozialistischen Block" integriert war. Auf internationaler Ebene wird die Volksrepublik Kongo auf der Grundlage des beiderseitigen Nutzens und

der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten mit allen Ländern Beziehungen aufnehmen."

Wie definieren Sie die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Kongo und den angrenzenden Ländern, insbesondere dem Kongo-Kinshasa?

"Die Volksrepublik Kongo ist eine afrikanische Nation. Von daher versucht sie die Front der afrikanischen Völker, die gegen den Imperialismus kämpfen, zu stärken. Unser Land setzt sich dafür ein, die Bande zwischen den Ländern Afrikas zu festigen. Unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn von der UDEAC <sup>1)</sup> in Zentralafrika sind ausgezeichnet. Was den Kongo-Kinshasa betrifft, so sind wir bereit, alle Probleme, die uns trennen, zu prüfen; aber ich glaube nicht, daß eine Begegnung zwischen Präsident Mobutu und mir allein unsere Differenzen bereinigen könnte. Ich habe die Hoffnung nicht verloren, daß die Kongolesen zu beiden Seiten des Flusses wie Brüder leben können, so wie es in der Vergangenheit war. Ich wiederhole, daß die Volksrepublik Kongo einen dauerhaften Frieden wünscht. Angesichts der Ernsthaftigkeit bestimmter Probleme, die die Regierungen der beiden Kongos entzweit haben, - besonders seit 1965 während Tschombes Herrschaft - sind wir zu dem Schluß gekommen, daß es für uns nicht ausreicht, sich einfach persönlich zu treffen, um derart schwierige Probleme zu lösen.

Bevor man eine Begegnung zwischen Mobutu und mir ins Auge faßt, wäre es vernünftiger, mit der Lösung gewisser materieller und technischer Probleme zu beginnen. Ein Treffen auf höchster Ebene wäre erst wünschenswert und nützlich, wenn solche ersten Schritte Erfolg hatten, was wahrscheinlich die Atmosphäre entspannen würde. Wenn jedoch ein Treffen stattfinden würde, bevor das Klima entsprechend vorbereitet wäre, so wäre es nicht mehr als ein Ritual und ohne jede reale Bedeutung."

Was sind die schwierigsten Probleme, die die VR Kongo und den Kongo-Kinshasa trennen?

"Normalerweise sollte die Tatsache, daß wir verschiedene politische Regierungsformen haben, uns nicht zu Feinden machen. Wir arbeiten mit dem Tschad zusammen, mit Gabun, mit Kamerun und mit allen afrikanischen Staaten, die nicht den Weg des wissenschaftlichen Sozialismus gewählt haben. Wir haben den Eindruck, daß manche Leute versuchen,

die Afrikaner zu spalten, um sie zu beherrschen, und daß gewisse Kräfte der Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den beiden Kongos entgegenarbeiten. Es sollte keine unüberwindlichen Hindernisse geben, wenn man unsere Politik der Nichteinmischung und Zusammenarbeit mit allen Ländern, auch solchen mit anderen Regierungsformen, zugrundelegt. Daher sollten unsere ideologischen Differenzen mit Mobutus Regime nicht die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern verhindern; gewiß aber gibt es besondere Probleme, wie etwa die Konsequenzen aus dem Fall Mulele, der entschieden einer der wichtigsten Punkte unserer Auseinandersetzung war." <sup>2)</sup>

**ERNEST-CLAUDE N'DALLA (1. SEKRETÄR DES ZK DER KAP):  
PRIVILEGIERTE PERSONEN SIND DAS HINDERNIS IM INNEREN**

Viele Leute fragen, warum soviel Wert darauf gelegt wird, von "Revolution" zu sprechen, wo es doch unabhängige afrikanische Länder gibt, den Kongo eingeschlossen ...

"Die Frage, die Sie stellen, ist eine wichtige Frage, umso mehr, als gerade heute afrikanische Länder als "revolutionär", "gemäßigt" oder "vernünftig" klassifiziert werden, als sei Revolution das Gegenteil von Vernunft.

Für uns sind Unabhängigkeit und Revolution keine Gegensätze, sondern sie ergänzen sich. Die Unabhängigkeit hat uns gestattet, theoretisch und dem Gesetze nach Herren unseres eigenen Schicksals zu werden und uns von den kolonialistischen Ausbeutern zu befreien - wenigstens dem äußeren Anschein nach. Mit Hilfe der Revolution werden wir diese theoretische Unabhängigkeit in Realität verwandeln, indem wir uns von allen Folgen des Neokolonialismus und anderen überlebten Formen des Imperialismus befreien und auch innerhalb des Landes die Hindernisse ausräumen, die gewisse privilegierte Gruppen der Realisierung einer gerechteren Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne Klassenunterschiede in den Weg legen.

Ihre Revolution richtet sich also gegen eine afrikanische Klasse?

"Ja, aber nicht allein gegen eine afrikanische Klasse. Sie wissen, daß der Imperialismus es versteht, sich hinter gewissen Afrikanern in unseren Ländern zu verstecken. Daher muß sich die Revolution gleichzeitig gegen die ausländischen Imperialisten und

gegen all jene Afrikaner richten, die wie Youlou um eigener Interessen willen bereit sind, Komplizen der Imperialisten zu sein, zugleich auch gegen all jene, die jeder Veränderung, die der Mehrheit des Volkes zugute kommt, Widerstand zu leisten versuchen.

Dien Bien Phu fiel im Jahre 1954. Das war das erste Mal, abgesehen natürlich von der Ära Toussaint L'Ouverture 3), daß eine Kolonie den militärischen Sieg über seine Kolonialherren errang. Dieser Schock stärkte überall die Unabhängigkeitsbestrebungen.

Um nicht über Nacht enteignet zu werden, lud Frankreich einigen Ballast ab und gewährte mit dem "cadre"-gesetz von Gaston Defferre innere Autonomie. Man kann sagen, daß Frankreich mit diesem Schritt den neokolonialistischen Weg einschlug. Mit Hilfe schwarzer "Prinzen" setzte es seine Herrschaft fort. Der Kampf um wirkliche Unabhängigkeit ging weiter, denn die Schaffung einer Klasse von schwarzen Günstlingen, die nur der Verschleierung diene, löste keinerlei Probleme.

Die Massen hatten genug von Siedlern, Kolonisten, vom Neokolonialismus und von schwarzen Kollaborateuren, die eingesetzt wurden, um die Profite der Imperialisten zu schützen. In dieser Situation revoltierte "der Mann von der Straße". Tatsächlich besteht ein großer Unterschied zwischen den Ereignissen, wie sie sich in Brazzaville abspielten und anderswo: Dort waren es oft Palastrevolutionen ohne Beteiligung des Volkes; bei uns war es der "Mann von der Straße", der sich erhob, um den Riesen anzugreifen."

Warum haben Sie Ihre neue Partei Kongolesische Arbeiterpartei und nicht Kommunistische Partei genannt, wo Sie sich doch zu den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus bekennen?

"Wir nannten sie so, weil wir glauben, daß Arbeit die Grundlage aller Dinge ist. Denken Sie an Engels, der gesagt hat, daß die Arbeit den Menschen geschaffen hat. Das ist unsere Überzeugung."

Welche Bedeutung hat die rote Fahne, die Sie zur Nationalflagge erklärt haben?

"Für uns ist Rot ein Symbol für Schönheit und für Revolution. Zudem meinen wir, daß Revolution und Schönheit zusammengehören, denn die Revolution zielt darauf ab, für die besitzlosen Massen das Leben schöner

zu gestalten.

Die beiden gekreuzten Werkzeuge auf der Flagge stellen eine Hacke und einen Hammer dar. Sie symbolisieren die Arbeit und die beiden sozialen Klassen: Die Hacke meint den Bauern, der Hammer die Arbeiter."

### **PIERRE N'ZE (MINISTER FÜR INFORMATION, PROPAGANDA UND KULTUR): DIE BETEILIGUNG DER MASSESN**

"Vor allem geht es darum, unserem Volk die Bedeutung des Kampfes bewußt zu machen und die Massen zur Beteiligung an der gewaltigen Aufgabe der für unser rückständiges Land notwendigen Entwicklung zu ermuntern. Wir wissen, daß der Kongo nicht arm ist, daß er viele Entwicklungsmöglichkeiten hat, aber auch, daß sie bis heute schlecht genutzt wurden. Wir wollen den Massen die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform bewußt machen, denn der gegenwärtige Verwaltungsapparat, der bei weitem zu schwerfällig ist, behindert die Aktivitäten, statt sie zu fördern.

Die Kosten allein für die Verwaltung betragen 75 % des gesamten Nationalhaushalts. Diese Situation kann nur auf Kosten aller anderen Aktivitäten des Landes bestehen."

Befürchten Sie nicht, daß die Massen eine feindliche Haltung gegenüber den Beamten einnehmen werden oder daß sie sich der Regierung widersetzen werden?

"Natürlich ist es nicht immer einfach, den Massen klarzumachen, daß sie die Beamten nicht als Individuen bekämpfen dürfen, sondern nur insofern sie Repräsentanten eines Systems sind, das den allgemeinen Interessen des Landes schadet. Es gehört zu meiner Aufgabe und zur Aufgabe der Regierung zu versuchen, diese Tatsache unseren Landsleuten verständlich zu machen trotz der Schwierigkeiten, die sicherlich und zwar nicht nur bei den Massen bestehen. Viele Beamte zählen tatsächlich zur Opposition. Sie müssen verstehen, daß es angesichts der Ausbildung, die diese Leute unter dem Kolonialregime erhalten haben, und der Privilegien, die sie genießen, ihnen nicht leichtfällt - sofern man nicht an Wunder glaubt - im Interesse des Volkes all dies freiwillig aufzugeben. Auch hier ist noch eine umfangreiche Aufklärungsarbeit zu leisten. Dieses Erbe, das uns der Kolonialismus hinterlassen hat, wird für uns am schwierigsten zu bewältigen sein. Das Kolonialregime hat im Kongo nahezu 80 Jahre gedauert. 80 Jahre lang konnten sich die Gewohnheiten verfestigen. Man kann nicht

hoffen, sie in ein paar Monaten oder auch in zwei oder drei Amtsperioden zu ändern."

Waren die kongolesischen Massen wirklich auf die Veränderungen, die in jüngster Zeit in Ihrem Lande stattgefunden haben, vorbereitet?

"Das kongolesische Volk wollte wirklich Veränderungen. Es wurde deutlich, daß der vom Kolonialregime ererbte Staatsapparat hierfür das schwerwiegendste Hindernis darstellte. Die Massen wußten dies. (...)

Wir führten einen Umschwung herbei, der den Fortschritt der Massen und ihre Verträutheit mit der Arbeitsweise des neuen Staates gewährleisten soll - eines Staates, der wirklich im Dienste des Volkes steht, und nicht umgekehrt. Wir sind davon überzeugt, daß die unserem Volk vorgeschlagenen Lösungen mit seinen Interessen, mit den Interessen unserer Arbeiterklasse und unserer Bauern, in Einklang stehen.

#### **ANGE DIAWARA (MINISTER FÜR VERSOR- GUNG, WASSER-, LAND- UND FORSTWIRT- SCHAFT): GEGEN DIE BÜROKRATIE**

"Wir haben die Volksrepublik aus verschiedenen Gründen proklamiert. Erstens wollten wir vollständig mit dem System brechen, in dem die Revolution die Sache der herrschenden Bürokratie war und nicht die der Menschen, in deren Interesse die Revolution ursprünglich beabsichtigt war. Aus einer Kritik dieses Systems zogen wir die notwendigen Konsequenzen und beschlossen, die früheren Maßnahmen und Methoden zu korrigieren. Es ging darum, die Revolution zu einer Angelegenheit der Massen zu machen."

Sie meinen also, daß die Massen nach dem Zusammenbruch des Regimes Abbé Fulbert Youlou keinen Kontakt zur Revolution hatten?

"Nur in sehr geringem Maße. Die Revolution muß eine qualitative Veränderung der sozialen Strukturen und der Mentalität des Volkes bewirken. Um dies zu erreichen, muß es sich um eine kollektive Angelegenheit handeln. Wenn die Revolution auf der Ebene der "Führer" der herrschenden Cliques, die bald zur herrschenden Klasse werden, haltmacht, dann wird es in kurzer Zeit mit der Revolution bergab gehen. Die revolutionären Ideen müssen das Bewußtsein der Massen erfassen."

Aber wie erklärt man dem Bauern, dem Mann im Busch die Vorzüge des Sozialismus?

"Man muß realistisch sein. Man kann dem Bauern nicht den Sozialismus erklären, indem man Kurse über den Marxismus-Leninismus abhält oder abstrakte Theorien erläutert. Man muß die Gesellschaft konkret so organisieren, daß ihm daraus Verbesserungen für sein Leben erwachsen. Und das muß in jeder Hinsicht geschehen: es geht nicht nur um Produktivitätssteigerung sondern auch um Verbesserungen im sozialen Bereich und in den menschlichen Beziehungen.

Auf diese Weise lernt der Bauer in der Praxis, was die Revolution bedeutet. Das Bedürfnis, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, wird den Bauern notwendig dazu führen, nach Formen kollektiver Produktion zu suchen und so die ersten Schritte zu tun, die von der individualistischen Stufe zur Kollektivierung führen. Diese Entwicklung wird stattfinden, wenn es uns gelingt, den technischen Standard der Landwirtschaft zu heben."

Es gibt chinesische Techniker in Brazzaville. Es heißt, daß die Volksrepublik Kongo "prochinesisch" sei. Trifft das zu?

"Es stimmt, daß chinesische Techniker bei uns arbeiten, aber es gibt hier fünf mal so viele französische Techniker. Wir haben auch sowjetische Techniker und ebenso deutsche. Wir sind jedoch von keinem dieser Länder abhängig und bestimmen unsere politische Entwicklung auf der Grundlage nationaler Notwendigkeiten. Das Problem unserer Entwicklung besteht nicht in der Wahl z.B. zwischen dem chinesischen oder dem sowjetischen Sozialismus, sondern vielmehr in der richtigen Einschätzung der kongolesischen Realitäten."

(Quelle: Europe/Africa Research Project (Hrsg.), Is Congo-Brazzaville taking a different road?)

#### Anmerkungen der Redaktion:

- 1) UDEAC - Union Douanière et Economique de l'Afrique Centrale (Zoll- und Wirtschaftsunion Zentralafrikas)
- 2) Pierre Mulele war unter Lumumba Minister im Kongo (Kinshasa). Nach dessen Ermordung organisierte er den Widerstandskampf gegen das neokoloniale Re-



gins und die illegale Intervention der UNO. Nach seiner Niederlage flüchtete er nach Brazzaville. Als er amnestiert wird kehrt er zurück, wo er am 9. 10. 1968 in Kinshasa hingerichtet wird. Daraufhin bricht die Regierung des Kongo (Brazzaville) alle Beziehungen zum Kongo (Kinshasa) ab.

- 3) Toussaint L'Ouverture war der Führer des Aufstandes der unterdrückten Bevölkerung von Haiti (1804).

## LAOS

### TELEGRAMM DES PRINZEN SOUPHANOU-VONG, PRÄSIDENT DER LAOTISCHEN BEFREIUNGSFRONT, AN DIE VIZEPRÄSIDENTEN UND MITGLIEDSTAATEN DER GENFER LAOS-KONFERENZ (1961-62)

Ich möchte inständig die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenzen, der Vizepräsidenten und Mitgliedsstaaten der Genfer Laoskonferenz von 1961/62 auf die Tatsache lenken, daß die Nixon-Regierung mit voller Absicht die Genfer Vereinbarung von 1962 über Laos gebrochen hat, indem sie ihren Aggressionskrieg auf Laos ausgedehnt und intensiviert hat.

Um sich aus der kritischen Lage in Süd-Vietnam, Kambodscha und Laos zu retten und ihre Politik der "Vietnamisierung", die dazu dient, den Aggressionskrieg in Süd-Vietnam zu verlängern, zu intensivieren, hat die Nixon-Regierung seit Februar eine groß angelegte Offensive gegen Laos unternommen, und zwar unter massiver Teilnahme amerikanischer und Saigoner Marionettentruppen und in Zusammenarbeit mit den Truppen von Vientiane - besonders den Vang Pao-Spezialeinheiten - und den thailändischen Truppen. Am Morgen des 8. Februar haben mehr als 50 Bataillone amerikanischer und Saigoner Marionettentruppen, bestehend aus Fallschirmjängereinheiten, Marines, Rangers und motorisierter Artillerie, das Gebiet von Tchepone in der befreiten Zone von Süd-Laos massiv angegriffen, alles zerstört und brutalste Massaker unter der Bevölkerung angerichtet. Die US-Truppen umfaßten mehr als 10 Bataillone, die alle eingeflogen und von der US Air Force (USAF) unterstützt wurden.

Darüberhinaus ist aus sicheren Quellen bekannt, daß sich zahlreiche weitere amerikanische Einheiten, Saigoner und thailändische Marionettentruppen für den Befehl, in

laotisches Territorium einzufallen, bereit halten.

Angesichts der vehementen Proteste in Laos und der ganzen Welt, einschließlich der progressiven Öffentlichkeit in den USA, hat die Nixon-Regierung die Farce arrangiert, daß Nguyen Van Thieu den Befehl gab, seine eigenen Truppen in Laos einmarschieren zu lassen, was er zugleich mit betrügerischen Angaben über Ausmaß, Dauer, Art und Zweck der Operation versah. Sie ließ außerdem die Regierung in Vientiane ihre üblichen zynischen Verleumdungen der DRV wiederholen, um damit die Angriffe der amerikanischen und Saigoner Marionettentruppen auf laotisches Gebiet zu bemänteln. Zur Zeit geben das amerikanische Militärkommando in Saigon und das State Department Erklärungen ab, in denen sie ungeschickt versuchen, glaubhaft zu machen, daß "weder Bodentruppen noch amerikanische Berater die laotischen Grenzen überschritten hätten, und lancieren verlogene Friedensvorschläge, um die Meinung in den USA und in der Welt irrezuführen und die amerikanische Aggression in Laos ungeschickt zu rechtfertigen.

Wie auch immer ihre perfiden Ausflüchte lauten mögen, die Nixon-Regierung kann ihre unverschämte Aggression in Laos nicht verbergen, und je mehr sie auf ihre perfiden Lügen zurückgreift, um so stärker entlarvt sich ihre Absicht, den Aggressionskrieg gegen Laos und die anderen Länder Indochinas zu intensivieren und auszudehnen.

Die USA haben schon früher amerikanische Militärberater und ihre Luftwaffe sowie thailändische Einheiten nach Laos entsandt. Dieses Mal ist die Nixon-Regierung mit der massiven Entsendung amerikanischer und Saigoner Marionettentruppen zur offenen Aggression gegen Laos im Begriff, eine neue, äußerst ernste Stufe der Eskalation ihres Aggressionskrieges gegen Laos und die anderen Länder Indochinas zu erreichen, wobei sie jetzt riskiert, ganz Südostasien in einen katastrophalen Krieg hineinzuziehen.

Der oben beschriebene Einfall amerikanischer und Saigoner Marionettentruppen stellt die bisher größte Verletzung der laotischen Unabhängigkeit und Neutralität durch die amerikanischen Imperialisten und die schwerste Torpedierung des Genfer Laosabkommens von 1962, das auch von der US-Regierung unterzeichnet wurde, dar. Er ist eine unverschämte Herausforderung der anderen Teilnehmer der Genfer Konferenz und der friedliebenden Völker der Welt.

Die Regierungen der UdSSR, Chinas, Polens, Kambodschas, Vietnams und anderer Länder haben in ihren Aktionen in verschiedenster Form die amerikanischen Imperialisten verurteilt und die Genfer Laoskonventionen von 1962 verteidigt. Dies ist eine Quelle großer Ermutigung für den Kampf des laotischen Volkes. Dagegen ist es bedauerlich, daß sich die konservative Regierung Großbritanniens entgegen ihrer Verpflichtung als Vizepräsident der Genfer Laos Konferenz verhalten hat, indem sie ihr Einverständnis erklärte und die Aggression der amerikanischen Imperialisten und ihrer Saigoner Knechte ermunterte.

Entschlossen, die nationalen Rechte, die durch die Genfer Vereinbarung von 1962 sanktioniert wurden, zu verteidigen, versetzten die Armee und das laotische Volk dem Feind schwere Schläge. Die Verbrechen der Aggression der amerikanischen Imperialisten und ihrer Lakaien werden unvermeidlich ihre exemplarische Bestrafung erfahren.

Die Armee und das Volk von Laos werden in der Gewißheit der Unterstützung durch die brüderliche Armeen und die Völker Vietnams und Kambodschas innerhalb des vereinten Blocks der indochinesischen Völker mit Sicherheit siegen.

Angesichts der extrem ernsten Lage ersuche ich Eure Exzellenzen, die Vizepräsidenten sowie die Mitglieder der Genfer Laoskonferenz von 1962 dringend, in ehrlicher Verpflichtung gegenüber den besagten Vereinbarungen wirksame Maßnahmen und energische Aktionen zu unternehmen, um die USA und ihre Lakaien zu zwingen, ihre Invasion sofort zu beenden.

Sam Neua, den 10.2.1971  
S.A. Prinz Souphanouvong  
Präsident der Neo Lao Haksat

#### **KOMMUNIQUE NR.1 DES KOMMANDOS DER LAOTISCHEN BEFREIUNGSFRONT IN SÜDLAOS**

Die US-Imperialisten haben im Rahmen ihrer Manöver zur Verlängerung und Ausweitung des Krieges auf ganz Indochina seit Ende Februar 1971 mehr als 50 Bataillone Infanterie, Saigoner und US-Panzer sowie eine große Anzahl amerikanischer Flugzeuge mobilisiert, um eine aggressive Operation gegen Südlaos zu unternehmen.

Nach mehreren Tagen barbarischer Bombardierungen der befreiten Gebiete durch strategische Bomber vom Typ B-52 haben die US-Imperialisten am 8.2. ihre Flugzeuge,

Tanks und Panzer benutzt, um eine Reihe von Orten der Provinz Savannakhet zu überfallen.

Als Antwort auf den dringenden Appell für das nationale Wohl, erlassen vom ZK der laotischen Befreiungsfront, haben unsere Truppen und die örtliche Bevölkerung, die fest entschlossen sind, die Anordnung des Oberkommandos der Volksbefreiungsarmee auszuführen, die Initiative ergriffen, den Feind in heldenhaftem und klugem Kampf zu schlagen, und haben großartige Siege davongetragen.

Seit der ersten Schlacht haben unsere Einheiten eine große Zahl von Hubschraubern zerstört und mehrere feindliche Offensiven abgewehrt. Allein am 10.2. haben Artillerieeinheiten 42 Hubschrauber abgeschossen und mehrere Feinde in Chaki, Ban Dong und Phu Ko Boc vernichtet. Unsere Truppen haben außerdem tapfere Angriffe gegen mehrere Einheiten von Fallschirmjägern, Kommandos und Rangers der Saigoner Marionetten in Ban Dong durchgeführt. Besonders am 13.2. haben unsere Truppen einen großen Sieg davongetragen, als sie das 21. Bataillon der Saigoner Marionettenkommandos im Gebiet La Tong und das 6. Bataillon des 3. Regiments der Saigoner Fallschirmjäger bei Chaki vollkommen aufrieben. Unsere Armee kontrollierte das Schlachtfeld, nahm viele Feinde gefangen und erbeutete eine große Anzahl von Waffen.

Bis jetzt haben die laotischen Truppen und die Bevölkerung von Savannakhet die Angriffe der Amerikaner und der Saigoner Marionetten aufgefangen und haben mehr als 1.500 Feinde außer Gefecht gesetzt; dabei wurden 2 Bataillone und 5 Kompanien total vernichtet, 89 feindliche Flugzeuge - in der Mehrzahl Hubschrauber - sowie mehr als 50 Militärfahrzeuge, davon die Hälfte Tanks und Panzer, zerstört.

Unsere Truppen und unser Volk haben durch ihre heldenhaften Leistungen dem militärischen Abenteuer der US-Imperialisten und ihrer Saigoner Marionetten einen schweren Schlag versetzt.

Das Kommando der südlaoischen Front gratuliert herzlich und lobt die Heldentaten der siegreichen Einheiten.

Die US-Aggressoren und die Saigoner Marionettentruppen haben von Anfang an Niederlagen erlitten; sie sind jedoch sehr hartnäckig und anmaßend und führen den Kampf wütend fort. Mögen die Einheiten, Kader und Soldaten der gesamten Front ihren siegreichen Weg fortsetzen, ihre Aktionen koor-

dinieren, alle Schwierigkeiten überwinden, tapfer und beharrlich weiterhin unter Anwendung unterschiedlicher Kampfformen mit all ihrer Kraft eine große Zahl von Feinden vernichten, viele Flugzeuge abschießen sowie massenhaft motorisierte Fahrzeuge und feindliche Kanonen zerstören. Wir sind entschlossen, das militärische Abenteuer der USA und ihrer Saigoner Marionetten, die unser Land angreifen, zu vereiteln.

14.2.1971

Das Kommando der südlaotischen Front der Volksbefreiungskräfte

## MILITÄRISCHE NACHRICHTEN: SÜDLAOS:

Die bewaffneten patriotischen Streitkräfte greifen pausenlos die US- und Saigoner Invasoren an. Sie haben:

- Vom 8. - 13.2.1971 1.500 feindliche Soldaten außer Gefecht gesetzt, dabei 2 Bataillone und 5 Kompanien vollständig aufgerieben.

- Vom 5. - 14.2.1971 92 US-Flugzeuge abgeschossen.

Am 10.2. hat die Volksbefreiungsarmee von Laos Angehörige der 3. Brigade der Fallschirmjägerdivision von Saigon im Süden von Chaki abgefangen, wobei sie eine feindliche Kompanie fast vollständig außer Gefecht setzte.

Am selben Tag hat die Volksarmee einen feindlichen Militärkonvoi auf der Nationalstraße Nr. 9 angegriffen, 9 Panzer zerstört und viele Feinde außer Gefecht gesetzt.

Am nächsten Tag hat eine Einheit der Volksarmee 10 Angriffe der Saigoner Marionettentruppen in den Regionen Phu Co Boc und Tam Lonang (südlich der Straße Nr. 9) zurückgeschlagen und eine Kompanie Rangers vernichtet; unter den 12 Leichen fand man 6 Amerikaner.

In der Zwischenzeit wurden zwei Bataillone der Marionetten auf der Anhöhe 550 außer Gefecht gesetzt.

Als man am selben Tag US-Kriegsflugzeuge, die feindliche Soldaten in Ban Dong, Chaki und Phun Co Boc landeten, unter Beschuß nahm, hat die Volksarmee 10 davon zerstört und mehrere stark beschädigt.

Nach ergänzenden Informationen haben die Patrioten aus Südlaos vom 5. bis 14. Februar 92 amerikanische Flugzeuge abgeschossen; damit waren seit dem 17. Mai 1964 insgesamt 1.672 US-Maschinen abgeschossen oder auf laotischem Boden zerstört worden. Das 1.600ste US-Flugzeug war am 8. Februar in der Provinz Savaanakheth abgeschossen worden. Am 11.2. erlitten ein Bataillon der 1. eingeflogenen Brigade und 2 Panzerschwadronen der USA und ihrer Saigoner Marionetten, als sie entlang der Nationalstraße Nr. 9 in die Region der Brücke von Kaki eindringen wollten, durch Hinterhalte der patriotischen Laoten erhebliche Verluste. Indem sie die feindlichen Truppen unter Beschuß nahmen und ihre Formationen zerbrachen, konnten die Laoten drei feindliche Kompanien außer Gefecht setzen, 25 Tanks und Panzer zerstören, Waffen erbeuten und zahlreiche Gefangene machen.

Bei weiteren Angriffen auf dieselbe feindliche Kolonne in der Ostregion der Brücke von Kaki haben die patriotischen Laoten vom 9. - 10.2. fast zwei Kompanien außer Gefecht gesetzt und 5 Panzer zerstört.

Am 12.2. haben unsere Truppen einen Konvoi von 20 Panzern, eskortiert von Infanterie, auf der Nationalstraße Nr. 9 abgefangen, wobei sie 5 Tanks in Brand steckten und einen Hubschrauber abschossen.

Am selben Tag hat die Artillerie der Volksarmee eine Stellung feindlicher Artillerie in Chaki unter Beschuß genommen, wobei sie 5 Geschütze zerstörte und mehrere Soldaten der US-Armee und ihrer Saigoner Marionetten tötete und verwundete.

Im Süden von Ban Dong hat die Volksarmee eine Operation in Tam Louang vereitelt und zur gleichen Zeit zwei Saigoner Bataillone auf der Anhöhe 550 aufgehalten und ihnen schwere Verluste zugefügt.

Am 15. Februar haben die laotischen Befreiungskräfte das 21. Bataillon der Saigoner Rangers, das in die Region von La Tong im Süden von Laos einfiel, außer Gefecht gesetzt. Dieses Saigoner Bataillon, das auf 5 Hügeln stationiert war wurde nach einem kurzen Gefecht vollständig geschlagen. Am gleichen Tag hat die Volksarmee nach einem einstündigen Kampf das 6. Bataillon der 3. Brigade der Saigoner Fallschirmjäger im Südwesten der Zone Chaki außer Gefecht gesetzt, wobei sie viele Feinde, darunter den Kommandanten des Bataillons, gefangen nahm und eine große Menge Waffen sicherstellte.

## NORDLAOS:

Mehr als 500 Feinde wurden außer Gefecht gesetzt;  
11 US-Maschinen wurden bei Som Thong -  
- Long Cheng zerstört.

Nach ersten Informationen haben am 12. Februar die bewaffneten Kräfte der Provinz Xieng Khonang in Zusammenarbeit mit den Volksbefreiungskräften von Südlaos den Feind bei Sam Thong angegriffen und 234 Mann außer Gefecht gesetzt. Sie haben zwei amerikanische Hubschrauber zerstört und eine beträchtliche Menge Kriegsmaterialien erbeutet und zerstört.

Am 8. Februar haben die örtlichen Streitkräfte mit Artillerie die feindlichen Positionen von Long Cheng beschossen und die Stellung der Artillerie der Vang Pao-Spezialeinheiten und thailändischer Söldner in Sam Thong angegriffen, wobei 100 Feinde außer Gefecht gesetzt und der Stellung der feindlichen Artillerie erhebliche Schäden zugefügt wurden.

Am 6. Februar haben die Streitkräfte derselben Provinz den Feind bei Phon Pha Say und Muon Pot sowie zwei Vorposten der Stellung Sam Thong - Long Cheng und die Schule zur Ausbildung von Offizieren der "Spezialeinheiten", 4 km nördlich von Long Cheng angegriffen, wobei sie mehr als 150 Feinde vernichteten.

Am selben Tag haben die Streitkräfte von Xieng Khonang 7 amerikanische Flugzeuge bei Phon Pha Say abgeschossen, wo zuletzt am 3. Februar zwei Flugzeuge vom Typ F 4 H vernichtet worden waren.

(Quelle: Nouvelles du Laos (Publiées par le Bureau D'Information du Front Patriotique Lao a Hanoi) Nr. 9)

# REPUBLIK GUINEA

Leutnant Januario Lopes und der Soldat Mario Dies gehörten zu der Invasionstruppe, die im November 1970 die Republik Guinea überfielen.

Die hier folgenden Aussagen wurden vor der UNO-Beobachterkommission gemacht. Sie beweisen nicht nur, was längst außer Zweifel steht, daß Portugal diese Invasion durchgeführt hat, sondern auch, daß die Hauptstoßrichtungen in der Vernichtung des Büros der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln), die bereits zwei Drittel des sogenannten "Portugiesisch" Guinea befreit hat, sowie der Ermordung des Präsidenten Sekou Touré, der bereits seit Jahren die PAIGC unterstützt, bestand. Es handelt sich bei dieser Invasion keineswegs um den ersten portugiesischen Angriff auf das Territorium der Republik Guinea. Vielmehr werden schon seit Jahren Bombenangriffe gegen Grenzdörfer geflogen. Das gleiche gilt für Tansania, das ja bekanntlich die FRELIMO (Befreiungsfront von Mocambique) unterstützt. (Vgl. als eines für viele Beispiele den Brief Tansanias vom 1.12.1966 an den Sicherheitsrat der UNO. (S/7605).

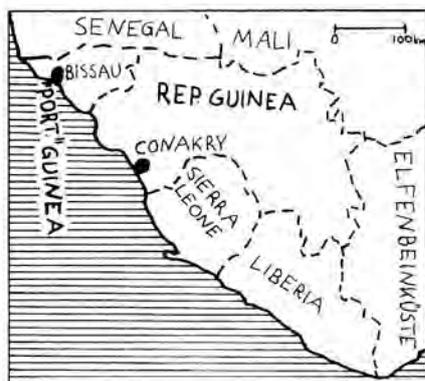
Die vorhandenen Kürzungen wurden nicht von uns vorgenommen, sondern befanden sich im Original.

## AUSSAGE VON LEUTNANT JANUARIO LOPES:

"Ich wurde am 5.12.1945 in Bissau, der Hauptstadt von "Portugiesisch" Guinea, geboren. 1966 kam ich in ein Ausbildungslager für Sergeanten in Havira, und neun Monate später wurde ich zum 15. Regiment geschickt ..."

"Der Kommandant befahl uns sich bereitzuhalten, da wir in 10 - 15 Tagen aufbrechen würden. An Bord eines LDG (Militärschiff) brachen wir nach der Insel Soga auf. Wir landeten erst nach vier Tagen, nachdem uns der Befehl gegeben wurde, unsere Waffen und Uniformen zurückzulassen, da wir als andere ausgegeben würden. Der Leiter der Operation, Kommandant Gaval, der gemeinsam mit General Antonio D'Spinola (Oberkommandierender der portugiesischen Truppen in Bissau) kam, sagte uns, daß wir eine Reihe von Männern nach Conakry bringen und dann wieder zurückkommen sollten. Jeder der sich weigerte, würde zwei Jahre Gefängnis bekommen. Sie sagten auch, daß die Männer, die wir nach Guinea bringen sollten, die Eigentümer des Landes seien, und daß dies den Krieg in Bissau beenden würde. Es waren ungefähr 150 Männer, die sich selbst als Streitkräfte der Republik Guinea bezeichneten. Meine Kompanie bestand ebenfalls aus

150 Leuten und dazu kam eine Spezialeinheit von 80 Infanteristen. ...



Die Streitkräfte wurden in kleine Gruppen aufgeteilt, von denen jede an Bord eines Schiffes ging. Alle Schiffe starteten zu verschiedenen Zeiten. Wir starteten um 20 Uhr und kamen um 22 Uhr in Conakry an. Hauptmann Morais kam zu uns und befahl die Landung. Er sagte: 'Eure Aufgabe ist es, den Flughafen anzugreifen und die MIG's auf der Rollbahn zu zerstören.' Hauptmann Galvan sollte das PAIGC Hauptquartier belagern, andere Gruppen sollten die Hauptpost, die Radiostation und eine Reihe anderer Stellen angreifen. ..."

Frage: "Wer leitete die Operation?"

Lopes: "Hauptmann Galvan."

Frage: "Welcher Nationalität ist er?"

Lopes: "Er ist Portugiese."

Frage: "Als Sie mit den Männern aus der Republik Guinea gesprochen haben, wurde Ihnen dabei gesagt, wo sie ausgebildet wurden?"

Lopes: "Ja, auf der Insel Soga."

Frage: "Wieviele Schiffe wurden außer Ihrem noch eingesetzt?"

Lopes: "Die beiden großen Schiffe "Montanté" und "Lombardas", zwei weitere große Schiffe, vier Patrouillenboote und eine Anzahl kleiner Schiffe."

Frage: "Wer war der General, der Sie über Ihren Aufgaben instruierte?"

Lopes: "General Antonio Sebastio Ribeyro D'Spinola, Generalgouverneur und Oberkommandierender in Bissau."

Frage: "Waren die Uniformen denen der portugiesischen Armee ähnlich oder unterschieden sie sich davon?"

Lopes: "Normalerweise tragen wir Tarnausrüstung, aber diesmal waren die Uniformen grün. Bevor wir aufbrachen,

mußten wir unsere Uniformen und alles, was wir mit uns hatten, zurücklassen."

Frage: "Welchen Unterschied gab es zwischen den Waffen, die Sie erhielten, und denen, die Sie früher erhielten?"

Lopes: "Normalerweise benutzen wir G 3 Gewehre. Wir tauschten sie aber gegen solche vom Typ AKA aus. (Diese sind in der UdSSR hergestellt und ähneln denen der Armee der Republik Guinea). Auch unsere regulären Hautbitzen wurden gegen einen anderen Typ ausgetauscht."

#### AUSSAGE VON SOLDAT MARIO DIES:

"Ich wurde in Biomba (Guinea Bissau) geboren. Meine Aufgabe war es, den Präsidentenpalais anzugreifen, wo wir, wie uns der befehlshabende Korporal sagte, den Präsidenten der Republik Guinea verhaften sollten."

Frage: "Was sollten Sie nach der Verhaftung des Präsidenten machen?"

Dies: "Ich weiß nicht, ob er mit dem Schiff irgendwo hingebraucht werden und dort getötet werden sollte, oder ob er gleich im Palast ermordet werden sollte."

Frage: "Wohin sollten Sie gehen, nachdem Ihre Aktion durchgeführt war?"

Dies: "Wir sollten zu unserer Kompanie in Fa, Guinea-Bissau, zurückgehen. Wenn unsere Aktion jedoch erfolgreich verlief, sollten wir einen Tag in Conakry bleiben und dann nach Bissau zurückkehren."

Frage: "Welche anderen Befehlshaber außer dem Ihrer Gruppe waren noch da?"

Dies: "In unserer Gruppe hatten wir einen Leutnant, der aber seine Befehle von anderen erhielt, mit denen er durch zwei Funkgeräte in Verbindung stand. Dieser Leutnant war Bürger der Republik Guinea."

Frage: "Wie lange sind Sie schon in der Armee? Sind Sie Freiwilliger oder wurden Sie zwangsrekrutiert?"

Dies: "Ich bin seit dem 2.1.1970, also elf Monate, in der portugiesischen Armee. In Portugal besteht allgemeine Wehrpflicht. Zweimal bin ich mit dem Feind, der PAIGC, in Berührung gekommen."

(Quelle: Granma (Offizielles Organ des ZK der Kommunistischen Partei Kubas) Nr. 6, vom 7.2.1971)

# WELTWIRTSCHAFT

ASIEN	Burma	Ceylon	Indien	Indonesien	Irak	Iran	Israel	Japan
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>I. Nationaleinkommen und Akkumulation</b>								
Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung (in Dollar)	59	132	77	91	223	243	1156	1122
Nationaleinkommen, auf 1 Arbeitsfähigen umgerechnet (in Dollar)	111	244	145	165	446	487	1890	1650
Akkumulation pro Kopf der Bevölkerung (in Dollar)	7	20	12	5,5	38	55	270	392
<b>II. Zweigstruktur der Wirtschaft und der erwerbsfähigen Bevölkerung</b>								
Anteil am Bruttosozialprodukt (in %):								
Landwirtschaft	34	41	49	56	21	22	8	12
Industrie	19	25	24	14	53	43	...	45
Handel und Dienstleistungsbereich	47	34	27	30	26	35	...	43
Verteilung der Beschäftigten auf die Hauptzweige der Volkswirtschaft (in %):								
Landwirtschaft	70	48,6	73	68	48	42	11	24
Industrie	10	16,1	13	8	20	27	43	38
Sonstige Zweige	20	35,3	14	24	32	31	46	37
<b>III. Ausgaben des Staates</b>								
Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt (in %)	20	32	28	12,5	30	19	35	16
<b>IV. Lohnarbeiter</b>								
Anteil der Lohnarbeiter an der erwerbstätigen Bevölkerung (in %):								
Volkswirtschaft insgesamt	20	60	30	28	25	43	67	60
Landwirtschaft	15	55	25	20	15	25	36	53
Industrie	33	79	44	46	40	72	75	87
Handel und Dienstleistungsbereich	25	75	42	43	35	60	67	68
<b>V. Kultur und Gesundheitswesen</b>								
Durchschnittliche Lebensdauer (Jahre)	44	61	41	(36)	40	45	(70)	74
Kaloriengehalt der Nahrung (Kalorien)	2170	2180	1810	1980	2140	1890	2850	2350
Zahl der Lese- und Schreibkundigen je 1000 der Bevölkerung	699	751	278	429	145	230	842	978
Zahl der Studenten je 1000 der Bevölkerung	0,85	1,14	2,84	1	3,52	1,11	17	11,5
Zahl der Einwohner, auf die 1 Arzt kommt	11900	4180	4830	29480	5090	3670	410	930
Zahl der Zeitungsexemplare je 1000 der Bevölkerung	9	44	13	7	12	15	188	465
Zahl der Fernsehgeräte je 1000 der Bevölkerung	0,08	0,8	0,085	0,5	21,4	4,95	9,7	192
Zahl der Rundfunkempfänger je 1000 der Bevölkerung	14,6	38,2	14,8	13,6	349	68	290	252
<b>VI. Industrie und Infrastruktur</b>								
Pro-Kopf-Verbrauch								
an Energie (auf Steinkohle umgerechnet, in kg)	52	112	176	99	610	451	2262	2323
an Stahl (in kg)	3	10	13	2	28	51	118	513
Gesamtleistung der Atomkraftwerke (MW)	0	0	420	0	0	5	25	172
Pro-Kopf-Produktion von Kunst- und synthetischen Fasern (in kg)	0	0	0,2	(0)	0,07	0	1,14	11
Zahl der Traktoren je 1000 ha Nutzfläche	0,28	2,02	0,32	0,07	1,19	0,52	30	85
Zahl der Kraftwagen je 1000 der Bevölkerung	2	10,4	1,7	2,7	11,8	8,1	56,2	100
Eisenbahnnetz je 1000 km <sup>2</sup> Territorium (in km)	4,53	27	18	3,2	3,75	2,2	35	63,5
<b>VII. Sozial-demographische Kennziffern</b>								
Bevölkerung (in Mill.)	25,8	11,7	511,6	111	8,8	26,3	2,7	99,9
Anteil der Arbeitsfähigen an der Gesamtbevölkerung (in %)	50	52	53	55	50	50	61	68
Anteil der Bevölkerung in Städten mit mehr als 100 000 Einw. an der Gesamtbevölkerung (in %)	5,2	5,9	8,8	9,8	32	22	34,1	49,5
Bevölkerungsdichte je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche	1,6	6	2,91	4,7	1,1	1,9	6	15

(Infolge des technisch bedingten Wegfalls der Legende zur Tabelle

EINIGE SOZIALÖKONOMISCHE KENNZIFFERN FÜR  
KAPITALISTISCHE UND ENTWICKLUNGSLÄNDER (II)

Jordanien	Kambodscha	Kuweit	Libanon	Malaysia	Nepal	Pakistan	Philippinen	Singapur	Syrien	Thailand	Türkei	Zypern
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
235	120	3240	448	256	66	108	233	561	204	127	299	664
470	226	5310	890	485	116	212	456	1010	415	235	550	1170
30	17	907	93	48	6	16	47	100	40	35	48	127
22	41	...	13	28	66	47	33	...	28	31	37	23
24	20	...	30	28	16	23	28	...	30	...	32	38
54	39	...	57	44	18	30	39	...	42	...	31	39
35	80	1	37	51	94	69	53	8	58	82	72	40
25	5	38	15	14	2	12	17	31	17	5	12	29
40	15	61	48	35	4	19	30	61	25	13	16	31
26	2,9	33	23	35	8	20,5	12	18	20	17	20	15
55	12	82	63	50	16	34	32	73	28	12	22	47
27	2	75	43	45	14	28	14	33	10	3	7	25
71	55	83	86	70	54	54	66	82	74	58	64	75
65	53	81	83	50	56	45	45	74	40	48	45	60
52	43	(45)	50	58	40	49	53	70	50	59	53	(70)
2500	(2200)	3000	2720	2400	2000	2290	2000	2300	2490	2120	3110	2800
324	410	500	650	470	88	188	719	498	295	677	381	759
1,62	1,2	2	8,44	1,13	0,65	2	11,89	7,4	6,04	1,75	2,93	1,3
4080	22500	840	1390	5320	41180	5980	1370	1790	5080	7110	2820	1310
8	11	30	25	64	3	18	27	325	11	22	45	103
10	1,14	16,3	59	6,9	(0)	0,19	5,5	50	18,5	6	0,08	45
137	157	411	183	49,7	4,5	9,65	39	214	335	88	88	238
262	51	11906	648	424	10	92	236	637	393	175	422	1054
34	5	360	89	45	5	8	31	105	30	22	24	85
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
0	(0)	(0)	0	0	(0)	0,03	0	(0)	0	0,1	0,1	(0)
1,81	0,3	(2)	12,2	0,62	0,11	0,06	0,66	0,8	1,15	0,3	2,8	13,1
10,8	5	205	51	28	0,5	1,6	9,6	75,6	6,1	7,5	6,9	81,5
3,75	2,12	1,8	40	13,0	0,73	11,9	3,8	(50)	4,7	7	10,3	7,2
2,1	6,6	0,6	2,1	8,6	10,5	120,2	34,6	2	5,7	32,7	32,7	0,6
50	93	61	50	53	57	51	53	55	50	54	54	57
21	6,9	62,1	35	11	1,3	9,3	12,4	100	29	7,1	19,5	17,6
2	2,1	41	7,9	2,5	4,6	1,6	4,1	143	0,8	1,47	1,2	1,4

auf S.5 (Nr.2/71) ist nicht ersichtlich, daß die Kennziffern unter V., Zeile 5, in Tausend zu verstehen sind. - D. Red.)

<b>LATEINAMERIKA</b>	Argentinien	Bolivien	Brasilien	Chile	Dominikanische Republik	Ecuador	El Salvador	Guatemala	Guyana	Haiti
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>I. Nationaleinkommen und Akkumulation</b>										
Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung (in Dollar)	699	165	271	465	228	199	245	264	262	75
Nationaleinkommen, auf 1 Arbeitsfähigen umgerechnet (in Dollar)	1110	294	500	830	456	383	470	517	520	130
Akkumulation pro Kopf der Bevölkerung (in Dollar)	136	21	35	81	43	28	40	40	60	(12)
<b>II. Zweigstruktur der Wirtschaft und der erwerbsfähigen Bevölkerung</b>										
Anteil am Bruttosozialprodukt (in %):										
Landwirtschaft	16	20	29	9	23	33	26	27	23	46
Industrie	53	42	36	50	31	29	29	24	43	21
Handel und Dienstleistungsbereich	31	38	35	41	46	38	45	50	34	33
Verteilung der Beschäftigten auf die Hauptzweige der Volkswirtschaft (in %):										
Landwirtschaft	18	58	51	28	61	56	60	66	30	87
Industrie	39	22	22	33	14	21	19	16	30	3
Sonstige Zweige	43	20	27	39	25	23	21	18	40	10
<b>III. Ausgaben des Staates</b>										
Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt (in %)	15	12	19	28	18	14	12	12	27	8
<b>IV. Lohnarbeiter</b>										
Anteil der Lohnarbeiter an der erwerbstätigen Bevölkerung (in %):										
Volkswirtschaft insgesamt	69	(35)	48	73	44	48	68	46	57	(15)
Landwirtschaft	49	(15)	25	67	25	39	64	36	46	(6)
Industrie	77	(71)	80	82	70	55	75	59	75	(72)
Handel und Dienstleistungsbereich	72	(60)	66	69	80	60	74	64	51	(35)
<b>V. Kultur und Gesundheitswesen</b>										
Durchschnittliche Lebensdauer (Jahre)	67	51	66	61	52	54	52	49	63	47
Kaloriengehalt der Nahrung (Kalorien)	2920	1860	2950	2760	2230	1830	2120	2320	2100	1850
Zahl der Lese- und Schreibkundigen je 1000 der Bevölkerung	914	321	607	836	645	675	490	379	759	105
Zahl der Studenten je 1000 der Bevölkerung	12,25	3	1,92	4,3	1,64	2,59	1,28	1,63	0,56	0,37
Zahl der Einwohner, auf die 1 Arzt kommt	620	3750	2360	2320	1940	3030	4660	3690	2120	14000
Zahl der Zeitungsexemplare je 1000 der Bevölkerung	128	26	34	118	2,7	44	47	38	191	5
Zahl der Fernsehgeräte je 1000 der Bevölkerung	82	(0)	30	63	22	13	14	16	(0)	2,3
Zahl der Rundfunkempfänger je 1000 der Bevölkerung	350	142	95	187	84	145	126	54	136	16,4
<b>VI. Industrie und Infrastruktur</b>										
Pro-Kopf-Verbrauch an Energie (auf Steinkohle umgerechnet, in kg)	1380	234	392	1162	178	219	170	218	964	33
an Stahl (in kg)	88	12	47	74	17	20	12	15	29	2
Gesamtleistung der Atomkraftwerke (MW)	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0
Pro-Kopf-Produktion von Kunst- und synthetischen Fasern (in kg)	1,3	(0)	0,8	1,0	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
Zahl der Traktoren je 1000 ha Nutzfläche	7,7	0,04	2,2	4,9	1,8	0,79	1,59	0,012	4,83	0,66
Zahl der Kraftwagen je 1000 der Bevölkerung	79	7,4	29	26	11	8,6	14	10	27	1,3
Eisenbahnnetz je 1000 km <sup>2</sup> Territorium (in km)	14,86	3,41	3,52	11,4	6,9	7,4	29,5	8,81	0,93	10,7
<b>VII. Sozial-demographische Kennziffern</b>										
Bevölkerung (in Mill.)	23,2	4,6	85,6	9,1	3,9	5,5	3,1	4,7	0,7	4,6
Anteil der Arbeitsfähigen an der Gesamtbevölkerung (in %)	63	56	54	56	50	52	52	51	50	58
Anteil der Bevölkerung in Städten mit mehr als 100 000 Einw. an der Gesamtbevölkerung (in %)	43	10,6	29,5	35,4	17,5	20,4	15,5	14	26,2	6
Bevölkerungsdichte je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche	0,15	0,9	2,4	2	2,8	1,6	4,0	2,5	3,5	8,4

(Quelle: Horizont Nr.9/1971)